

Aus dem Bericht des Politbüros an das Zentralkomitee der SED

Berichterstatter:
Genosse Horst Dohlus

4. Tagung
des
Zentralkomitees
der SED

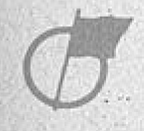
18./19.6.1987



4. Tagung des ZK der SED
18./19. Juni 1987

Aus dem Bericht des Politbüros an die 4. Tagung des ZK der SED

Berichterstatter:
Genosse Horst Dohlus



Dietz Verlag Berlin 1987

ISBN 3-320-01161-8

Lizenznummer 1 · LSV 0296
Printed in the German Democratic Republic
Gesamtherstellung:
(140) Druckerei Neues Deutschland, Berlin
Best.-Nr.: 738 379 0

00080

Liebe Genossinnen und Genossen!

Der Zeitraum seit der 3. Tagung des Zentralkomitees der SED war gekennzeichnet vom einheitlichen und geschlossenen Handeln und dem Wachstumsprozeß unserer Partei bei der weiteren Durchführung der Beschlüsse unseres XI. Parteitages. Er war gekennzeichnet von hohen außenpolitischen Aktivitäten unserer Partei im Kampf um die Erhaltung des Weltfriedens, um Abrüstung und zur Verhinderung eines nuklearen Infernos. Er war gekennzeichnet vom Kampf für ein weiteres dynamisches Wachstum unserer Volkswirtschaft, der konsequenten Verwirklichung unserer Wirtschaftsstrategie zur weiteren Stärkung und Festigung unserer Deutschen Demokratischen Republik.

I. Die außenpolitische Tätigkeit der SED zur Sicherung des Friedens und für gesellschaftlichen Fortschritt in der Welt

Im Berichtszeitraum wurde eine angestrengte Arbeit zur Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages auf außenpolitischem Gebiet geleistet. Naturgemäß standen dabei die Fragen des Kampfes um die Sicherung des Friedens, um Rüstungsreduzierung und Abrüstung im Mittelpunkt der Tätigkeit des Politbüros. Überschaut man die letzten Monate, so können wir feststellen, daß die Friedenspolitik des Sozialismus die weltpolitische Lage stärker als je zuvor beeinflußt.

Die Koalition der Vernunft und des Realismus, zu der die Deutsche Demokratische Republik einen ins Gewicht fallenden Beitrag leistet, gewann neue politische und soziale Breite. Die Aktivitäten der gesellschaftlichen Kräfte im Kampf um die Erhaltung des Friedens nahmen zu. Es wuchs die Klarheit, wer für und wer gegen Abrüstung ist.

Das Neue besteht darin, daß das stürmische Anwachsen der gesellschaftlichen Bewegungen der Friedensanhänger einhergeht mit dem Eintreten von immer mehr Staaten und Staatengruppierungen der nichtsozialistischen Welt gegen die nukleare Kriegsgefahr und für das mobilisierende Programm des Sozialismus zur Abrüstung.

Zu den Ergebnissen der Berliner Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages

Herausragendes Ereignis dieses Berichtszeitraums war die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 28. und 29. Mai in Berlin. Das Politbüro des ZK der SED, der Staatsrat und der Ministerrat der DDR nahmen dazu den Bericht der Delegation der DDR entgegen und brachten ihre volle Zustimmung zu den Ergebnissen der Berliner Tagung des höchsten politischen Gremiums des Warschauer Vertrages zum Ausdruck. Sie dankten dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, für die Arbeit der von ihm geleiteten Delegation.

Genossen!

Übereinstimmend wurde von den Tagungsteilnehmern des Berliner Gipfels eingeschätzt, daß durch die Friedensinitiativen der sozialistischen Staaten, vor allem der UdSSR, das Wirken der Friedenskräfte größeren Einfluß ausübt, eine Minderung der Zuspitzung der internationalen Spannungen erreicht, und damit günstigere Bedingungen für die Lösung der Schlüsselfragen der Sicherheit und Abrüstung geschaffen wurden. Prestige und Autorität der Staatengemeinschaft sind gewachsen.

Die höchsten Repräsentanten der im Warschauer Vertrag brüderlich verbundenen Staaten haben mit ihrer Beratung und den beschlossenen Dokumenten die feste Einheit und Geschlossenheit unseres Bündnisses bekräftigt. Zur weiteren Stärkung des Gesamtpotentials des Sozialismus wurden Wege und Richtungen abgesteckt, die der Vertiefung und Vervollkommnung des Zusammenwirkens unserer Parteien und Staaten auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens dienen.

Daß diese Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses im Jahr des 750. Jubiläums in Berlin, der Hauptstadt der DDR, stattfand, und daß die Repräsentanten der Bruderländer mit Bürgern Berlins zusammentrafen, bedeutende Ausstellungen besuchten, als Gäste am Festlichen Konzert im Schauspielhaus teilnahmen und sich in das Goldene Buch unserer Hauptstadt eintrugen, bewerten wir als Ausdruck der unverbrüchlichen Freundschaft und Einheit der Völker und Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, als Ausdruck der festen, unzerstörbaren Verankerung der DDR in der sozialistischen Völkerfamilie. Das Zentralkomitee dankt im Namen unserer Partei und unseres Volkes den Bruderparteien und Bruderländern

für diese großartige Manifestation der Einheit und des sozialistischen Internationalismus.

Genossen!

Ausgehend von einer einheitlichen Einschätzung der Lage bekräftigten die Tagungsteilnehmer: Das Bündnis der sozialistischen Staaten verfügt über ein umfassendes und konkretes Abrüstungsprogramm für alle Waffenarten, das einen tiefgreifenden und wohltuenden Einfluß auf die internationale Lage ausübt. Auch im Westen kann man nicht umhin, das anzuerkennen. Mit Fug und Recht läßt sich also feststellen, daß unser gemeinsamer Kampf um Frieden und Sicherheit Früchte trägt.

Die Berliner Tagung drückte den einheitlichen Willen und die feste Entschlossenheit der Teilnehmerstaaten aus, ihre globalen und regionalen Initiativen zum Abbau militärischer und politischer Konfrontation entschlossen fortzuführen und dabei auch all das sorgfältig aufzugreifen und zu unterstützen, was von anderer Seite an Konstruktivem geäußert und vorgeschlagen wird.

Das Politbüro unterstreicht die Bedeutung, die der Beseitigung der amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa zukommt. Der Abschluß eines solchen Abkommens wäre ein Einstieg in die nukleare Abrüstung und damit ein entscheidender Schritt, um auf dem Wege der Abrüstung voranzukommen. Das wäre der erste Akt realer Rüstungsreduzierung von Nuklearwaffen in der gesamten Nachkriegsgeschichte. Ein Erfolg in dieser wichtigen Frage wäre ein Ereignis von weltpolitischer Tragweite. Das würde eine günstige Atmosphäre für die Lösung weiterer Fragen schaffen und in vielem beeinflussen, welche Richtung die Entwicklung in Europa und in der Welt in den nächsten Jahren nehmen wird.

Ebenso groß wie der zu erwartende Gewinn könnten jedoch auch negative Folgen sein, wenn die Möglichkeiten für diesen bedeutenden Abrüstungsschritt zunichte gemacht werden. Das würde nicht nur den Abrüstungsprozeß wesentlich erschweren, möglicherweise zum Scheitern bringen, sondern auch jene imperialistischen Kräfte ermuntern, die gewillt sind, die Schleusen für neues Wettrüsten mit dem Ziel der Erlangung militärstrategischer Überlegenheit und Hegemonismus zu öffnen.

Hier wird der Widerspruch deutlich zwischen gewachsenen Friedenschancen und Aggressivität jener, denen Abrüstung und Entspannung verhaßt sind. Es gilt, den Widerstand dieser Kräfte zu überwinden, damit in der Welt eine neue Lage geschaffen wird, die Waffenberge abgebaut und das Vertrauen zwischen den Staaten gefestigt werden.

Der Vorschlag, bei Mittelstreckenraketen eine Null-Lösung anzustre-

ben, findet in der Öffentlichkeit Westeuropas und darüber hinaus in der ganzen Welt breiteste Unterstützung. Die Regierungen der NATO-Staaten können sich dem daraus erwachsenden Druck der Öffentlichkeit nicht entziehen. Sie, die einstmals die Null-Option forderten, können jetzt angesichts der Berücksichtigung ihrer Vorschläge durch die Sowjetunion nicht nein sagen. Sie sprechen sich öffentlich für die Beseitigung der Mittelstreckenraketen aus.

Dennoch dürfen wir keinen Augenblick die Tatsache unterschätzen, daß die aggressivsten, militaristischen Kräfte am Wirken sind, um echte Fortschritte zu verzögern bzw. zu torpedieren. Doch die konsequente und flexible Friedenspolitik des Sozialismus engt die Manövrierfähigkeit der Entspannungsfeinde ein.

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß das korrekte und entgegenkommende Herangehen der Berliner Tagung an die Frage von Asymmetrien bei konventionellen Waffen Beachtung und Zustimmung findet. Schon seit langem liegt der Vorschlag der Staaten des Warschauer Vertrages auf dem Tisch, die konventionellen Rüstungen und Streitkräfte vom Atlantik bis zum Ural gemäß den Prinzipien der Gleichheit und gleichen Sicherheit drastisch zu reduzieren. Die Behandlung der konventionellen Waffen im Kontext mit den taktischen Kernwaffen wäre der geeignete Weg, um voranzukommen. Wer Unausgewogenheit reklamiert, sollte auch bereit sein, sie durch Abrüstungsvereinbarungen auszugleichen. Die letzten Jahre haben doch bewiesen, daß durch »Nachrüstungen« nicht mehr an Sicherheit erreichbar ist.

Weitreichende, ja historische Bedeutung hat die politische Erklärung der Berliner Tagung »Über die Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages«. Sie unterstreicht den ausschließlichen Verteidigungscharakter des Bündnisses der sozialistischen Staaten. Der Militärdoktrin der Staaten des Warschauer Vertrages sind Drohung und Überlegenheitsstreben fremd. Sie geht von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts auf möglichst niedriger Ebene aus, zielt also auf ein für die zuverlässige Abwehr einer Aggression unbedingt notwendiges Verteidigungspotential, auf schnelle Abrüstungsschritte als wirksamsten Weg zu mehr Sicherheit für alle Staaten.

Die Militärdoktrin der Verteidigung des Sozialismus wirkt im Gegensatz zur NATO-Doktrin der »Abschreckung und des atomaren Erstschlages«. Zugleich ist sie eine offene Aufforderung an die NATO zu gegenseitiger Zurückhaltung auf militärischem Gebiet. Es ist eine Militärdoktrin des Friedens, die völlig den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, den Sicher-

heitsinteressen der Völker und Staaten im nuklear-kosmischen Zeitalter entspricht.

Aktiver Beitrag der DDR für Frieden, Abrüstung und Entspannung

Aus einem natürlichen Sicherheitsinteresse befürwortet und unterstützt die DDR alles, was zu Abrüstungsschritten führt. Entsprechend unserer Friedenspolitik leistet die DDR einen aktiven, in der Welt anerkannten Beitrag, damit von deutschem Boden in Gegenwart und Zukunft stets nur noch Frieden ausgeht. Eben deshalb hatte Genosse Erich Honecker an den Bundeskanzler der BRD appelliert, den Vorschlag Michail Gorbatschows vom 28. Februar dieses Jahres zum Abschluß eines gesonderten Abkommens über die Beseitigung aller Mittelstreckenraketen in Europa zu unterstützen. Er hat dem Bundeskanzler weiter vorgeschlagen, Beauftragte beider Regierungen prüfen zu lassen, wie die DDR und die BRD ihren Beitrag leisten können, die mit der Null-Lösung bei Mittelstreckenraketen in Europa gebotene Chance in gemeinsamer Verantwortung zu nutzen.

Die erste Konsultation zwischen beiden Regierungen hat ergeben, daß die DDR und die BRD für den Abzug der Mittelstreckenraketen ohne Wenn und Aber eintreten. Diese übereinstimmende Position beider deutscher Staaten in einer Grundfrage der Außen- und Sicherheitspolitik erweist sich ohne Zweifel als außerordentlich positiv für den Fortgang der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen zu dieser Frage.

Genosse Erich Honecker wandte sich in persönlichen Botschaften an die britische Premierministerin, Margaret Thatcher, den belgischen Premierminister, Wilfried Martens, und den niederländischen Ministerpräsidenten, Ruud Lubbers. Er appellierte an sie, alles zu tun, damit die Null-Lösung bei Mittelstreckenraketen in Europa ohne Verzögerung zustande kommt.

Im Lichte der Ergebnisse der Berliner Tagung gewinnt der Vorschlag der Regierungen der DDR und der ČSSR vom April dieses Jahres gegenüber der Regierung der BRD, Verhandlungen über einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa aufzunehmen, erhöhte Bedeutung. Die Verwirklichung dieses Vorschlages würde bedeuten, daß nicht nur die atomaren Sprengköpfe, sondern auch die Trägermittel, einschließlich der

doppelt, das heißt nuklear und konventionell verwendungsfähigen, aus diesem etwa 300 km breiten Streifen abgezogen werden. Mit dem atomwaffenfreien Korridor würden aus politischer und militärischer Sicht günstigere Voraussetzungen geschaffen, um die vorgeschlagenen Verhandlungen über die Reduzierung und Liquidierung der operativ-taktischen Raketen zielstrebig und mit Aussicht auf Erfolg zu führen.

Die DDR unterstützt den von Genossen Wojciech Jaruzelski im Mai dieses Jahres unterbreiteten komplexen Plan zur Reduzierung der Rüstungen und zur Erhöhung des Vertrauens in Mitteleuropa durch die schrittweise Ausdünnung der nuklearen und konventionellen Potentiale.

Unvermindert aktuell bleibt die Initiative der SED und SPD, eine von chemischen Waffen freie Zone in Mitteleuropa zu schaffen: Die DDR tritt dafür ein, daß noch in diesem Jahr die internationale Konvention über das Verbot der chemischen Waffen abgeschlossen wird.

Die sich aus dem Abschlußdokument der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung ergebenden Verpflichtungen werden von der DDR gewissenhaft erfüllt. So waren in diesem Frühjahr bei zwei Übungen auf dem Territorium der DDR jeweils Manöverbeobachter aus 22 KSZE-Staaten anwesend. Die Delegation der DDR leistet auf dem Wiener KSZE-Folgetreffen einen aktiven Beitrag, damit von ihm Impulse für eine neue Phase der Entspannungspolitik, vor allem auch für die Erhöhung der Sicherheit und die Stärkung des Vertrauens zwischen den Staaten ausgehen. Dafür ist es jedoch erforderlich, daß alle teilnehmenden Staaten endlich zu konkreter Arbeit bereit sind, um zukunftsorientierte Vereinbarungen zu allen Bereichen der Schlußakte von Helsinki auszuarbeiten.

Gemeinsam mit den anderen Staaten des Warschauer Vertrages und allen Kräften der Vernunft hält es die DDR für äußerst wichtig, daß in der Suche nach Übereinkünften zu einer substantiellen Verminderung und schließlichen Beseitigung der strategischen Rüstungen nicht nachgelassen und im unmittelbaren Zusammenhang damit der Kampf um das Verbot jeglicher Stationierung von Waffen im Weltraum verstärkt wird. Mit ihren Bündnispartnern hat sich die DDR dafür ausgesprochen, daß die Sowjetunion und die USA Schlüsselbestimmungen für Abkommen ausarbeiten, die auf die Reduzierung der strategischen Offensivwaffen, die Stärkung des ABM-Vertrages, die Einschränkung und das völlige Verbot der Nukleartests gerichtet sind.

Genossinnen und Genossen!

Das Politbüro ist der Auffassung, daß gegenwärtig gute Chancen beste-

hen, um zu einem Abkommen zu gelangen, mit dem atomare Waffen nicht nur begrenzt, sondern wirklich abgebaut werden. Dazu bedarf es aber neuer Anstrengungen, Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit, denn gerade die letzten Wochen waren auch gekennzeichnet von massiven Vorstößen imperialistischer Mächte im Stile des kalten Krieges gegen die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Länder.

Nachdem die bisherigen Besuche westlicher Staatsoberhäupter in ihrem Besatzungsgebiet Westberlin sich im wesentlichen im Zeichen der 750-Jahr-Feier vollzogen hatten, unternahm der Präsident der USA, R. Reagan, bei seinem Auftreten, das provokatorisch hinter dem Brandenburger Tor erfolgte, den Versuch, die im europäischen Vertragswerk völkerrechtlich definitiv festgelegte und in der Schlußakte von Helsinki bekräftigte Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität der europäischen Staaten mit der Parole der »Überwindung der Spaltung Europas« in Frage zu stellen.

Entgegen Erwartungen in westlichen Kreisen, daß der Präsident der USA eine gemäßigte, den in Gang befindlichen Abrüstungsverhandlungen entsprechende Rede halten werde, enthielten seine Ausführungen keinerlei konstruktive Elemente für die Lösung der Grundfragen. Ohne auf die neuen, konstruktiven Friedens- und Entspannungsvorschläge der Berliner Gipfelkonferenz der Staaten des Warschauer Vertrages einzugehen, propagierte Reagan erneut die Bedrohungslüge und verleumdete die sozialistische Gesellschaftsordnung. Mit dem Ziel, die Hochrüstungspolitik auch gegenüber den eigenen Verbündeten weiter durchzusetzen, behauptete er, daß nur durch die Politik der Stärke Abrüstungsverhandlungen mit der UdSSR erreichbar seien. In diesem Zusammenhang setzte sich Reagan für die Fortführung des SDI-Projektes ein.

In dieser Situation kommt es darauf an, die Fortsetzung unserer Friedensoffensive durch eine noch stärkere Mobilisierung der Weltöffentlichkeit zu unterstützen. Der Druck der breiten Volksmassen darf nicht nachlassen, auch dann nicht, wenn die Dinge am Verhandlungstisch voranzukommen scheinen. Denn ohne Wachrüttelung des Weltgewissens werden die Verhandlungen nicht zum Erfolg führen.

Vertiefung der bewährten Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern

Genossinnen und Genossen!

Den Beschlüssen unseres XI. Parteitages entsprechend wurden vom Politbüro weitere Anstrengungen unternommen, um den Bruderbund mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern zielstrebig auszubauen. Wir ließen uns davon leiten, die Vorzüge des Sozialismus immer vollkommener zur Geltung zu bringen und so unseren spezifischen Beitrag zur allseitigen Stärkung der Macht und der internationalen Ausstrahlungskraft der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu leisten. Der Sozialismus verfügt – wenn er seine Kräfte und seine Potentiale vereint – über alles Notwendige, um den Frieden zu sichern, friedliche Bedingungen für den sozialistischen Aufbau zu gewährleisten und den Herausforderungen unserer Zeit vollauf gerecht zu werden.

Der Politische Beratende Ausschuß hat auf seiner Berliner Tagung hervorgehoben, daß für das weitere erfolgreiche Voranschreiten der Länder des Sozialismus der Prozeß der Intensivierung ihrer Volkswirtschaften von großer politischer, ökonomischer und strategischer Tragweite ist. Es geht darum, im Wettlauf mit der Zeit durch Spitzenleistungen auf dem Gebiet der Wissenschaft, Technik und Produktion eine hohe Arbeitsproduktivität und dynamische Entwicklung der Volkswirtschaft zu sichern, das Lebensniveau der Menschen ständig zu erhöhen, die Wettbewerbsfähigkeit des Sozialismus mit dem Kapitalismus zu stärken sowie das Verteidigungspotential stets auf dem erforderlichen Niveau zu halten.

Die konsequente Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts stellt jede Bruderpartei vor die Notwendigkeit, nach den zweckmäßigsten Formen und Methoden auf dem Gebiet der Wirtschaftsleitung zu suchen, die sowohl den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten als auch den konkreten Bedingungen des jeweiligen Landes entsprechen. Daraus erwachsen zugleich neue Herausforderungen für die Gestaltung einer effektiven Zusammenarbeit der Bruderländer. Dies erfordert größte Umsicht beim Vorgehen, sorgfältige Berücksichtigung der Standpunkte und Interessen der Partner sowie gegenseitige Solidarität.

Im Zeichen der weiteren Vertiefung der traditionell engen und bewährten Zusammenarbeit von SED und KPdSU, von DDR und UdSSR zum Nutzen beider Staaten und des Sozialismus insgesamt stand die freundschaft-

liche Begegnung zwischen Genossen Erich Honecker und Genossen Michail Gorbatschow während dessen Aufenthaltes in Berlin. Sie bekräftigten ihre Entschlossenheit zum allseitigen Ausbau der Zusammenarbeit entsprechend den Aufgaben der gesellschaftlichen Entwicklung in beiden Ländern und den internationalen Erfordernissen auf der Grundlage der Durchführung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED und des XXVII. Parteitages der KPdSU. Besondere Aufmerksamkeit schenkten sie Fragen des Zusammenwirkens beider Staaten bei der Meisterung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, vor allem bei der Entwicklung von Schlüsseltechnologien.

Mit großem Interesse und in brüderlicher Verbundenheit verfolgen wir die Anstrengungen der KPdSU zur praktischen Umsetzung der vom XXVII. Parteitag der KPdSU eingeleiteten Umgestaltung in der Sowjetunion, die darauf gerichtet ist, die Lebensbedingungen der sowjetischen Menschen zu verbessern, den Sozialismus weiter zu stärken und das Gewicht des Sozialismus in der internationalen Arena zugunsten des Friedens ständig zu erhöhen. Gemeinsam mit der Sowjetunion und unzähligen Menschen auf der ganzen Welt begehen wir den 70. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

Entsprechend dem Beschluß des Politbüros vom Dezember 1986 wird dieses historische Ereignis als Weltenwende, als Beginn des Aufstieges der Sowjetunion unter Führung der Partei Lenins zu einer erstklassigen Weltmacht umfassend gewürdigt. Als massenwirksamer Höhepunkt gestaltete sich die »Woche der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft«, in der in allen Kreisen sowie in vielen Städten und Gemeinden, Betrieben und Schulen »Feste der Freundschaft« durchgeführt wurden. Die vielseitigen und inhaltsreichen Aktivitäten in unserem Lande machen sichtbar, daß alle Mitglieder und Kandidaten unseres revolutionären Kampfbundes, daß die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik täglich mit Wort und Tat unter Beweis stellen, wie sie getreu den Idealen des Roten Oktober, in Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED ihre Pflicht für die Stärkung des Weltsozialismus und die Sicherung des Friedens erfüllen.

In dem freundschaftlichen Gespräch des Genossen Erich Honecker mit Eduard Schewardnadse in der DDR Anfang Februar wurde mit Genugtuung festgestellt, daß die Beschlüsse des XI. Parteitages der SED und des XXVII. Parteitages der KPdSU bestimmenden Einfluß auf alle Bereiche unserer Zusammenarbeit ausüben.

Im Mittelpunkt des umfassenden Meinungsaustausches, zu dem Ge-

nosse Erich Honecker den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR Alexej Antonow anläßlich der 39. Tagung der Paritätischen Regierungskommission für ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit empfing, stand die weitere Vertiefung des Zusammenwirkens auf diesem Gebiet.

Die volle Unterstützung der Vorschläge der UdSSR zu Kernfragen von Rüstungsbegrenzung und Abrüstung brachte Genosse Erich Honecker im Gespräch mit dem Beauftragten des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Genossen Alexander Bessmertnych, zum Ausdruck, der über Verlauf und Ergebnisse der Verhandlungen mit dem Außenminister der USA in Moskau informierte.

Im Mai empfing Genosse Erich Honecker den Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, Marschall der Sowjetunion Viktor Kulikow. Sie berieten aktuelle Fragen der militärpolitischen Lage und Aufgaben für den Schutz des Sozialismus.

Auch in den Besuchen des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR Gennadi Wedernikow, des Innenministers, des Außenhandelsministers und des Kulturministers in der DDR sowie in den Besuchen hochrangiger Delegationen der DDR in der UdSSR widerspiegelt sich das Streben, der vielseitigen Zusammenarbeit zwischen unseren Bruderstaaten neue und dynamische Impulse zu verleihen.

Genossinnen und Genossen!

Im Berichtszeitraum wurde das Zusammenwirken mit allen anderen sozialistischen Staaten gefestigt.

Nach dem offiziellen Freundschaftsbesuch des Genossen Erich Honecker in der Volksrepublik China im Oktober 1986, mit dem eine neue Etappe unserer Beziehungen eingeleitet wurde, haben unsere Partei, unser sozialistischer Staat und das Volk der DDR vor wenigen Tagen den amtierenden Generalsekretär des ZK der KP Chinas und Ministerpräsidenten des Staatsrates der VR China, Genossen Zhao Ziyang, herzlich begrüßt.

Wie in Peking fanden auch die Gespräche in der Hauptstadt der DDR, Berlin, in einer Atmosphäre der Freundschaft, der gegenseitigen Achtung, des Verstehens und Vertrauens statt. Im Mittelpunkt des ausführlichen Meinungsaustausches zwischen den Repräsentanten unserer beiden Parteien und Staaten standen die Grundfragen unserer Zeit, die allseitige Stärkung des Sozialismus, die Sicherung des Weltfriedens sowie die weitere Vertiefung der bilateralen Beziehungen auf allen Gebieten des gesell-

schaftlichen Lebens. Übereinstimmend bekräftigten die Genossen Erich Honecker und Zhao Ziyang, daß beide sozialistische Staaten ihre historische Aufgabe des Aufbaus des Sozialismus nur im Frieden verwirklichen können und im Atomzeitalter der Kampf um den Frieden die Hauptaufgabe der Außenpolitik jedes Staates ist und bleiben muß.

Der Besuch gestaltete sich zu einem intensiven und fruchtbaren Informations- und Erfahrungsaustausch über den sozialistischen Aufbau in der DDR und in der VR China und fand in der Weltöffentlichkeit eine große Beachtung. Die chinesischen Genossen machten sich eingehend mit den praktischen Leistungen unserer Partei und unseres Volkes beim Aufbau des Sozialismus und mit den Erfahrungen bei der Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages auf den verschiedenen gesellschaftlichen Gebieten, vor allem in der Ökonomie, Wissenschaft, Technik, Volksbildung und Kultur, vertraut.

Mit Genugtuung wurde festgestellt, daß von beiden Seiten die Vereinbarungen vom Oktober 1986 zielgerichtet realisiert werden und daß alle Voraussetzungen für eine allseitige Weiterentwicklung und Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien, Staaten und Völkern bestehen. Genosse Zhao Ziyang würdigte die Ergebnisse des sozialistischen Aufbaus in der DDR und wertete seinen Besuch als sehr erfolgreich und bedeutsam für die Vertiefung der Beziehungen zwischen der DDR und der VR China.

Die Ergebnisse des offiziellen Freundschaftsbesuches des Genossen Willi Stoph im Februar in Rumänien trugen zur weiteren Festigung der Beziehungen der Freundschaft und vielseitigen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern bei. Im Verlaufe einer freundschaftlichen Unterredung bei Genossen Nicolae Ceaușescu wurde hervorgehoben, daß die Zusammenarbeit von SED und RKP, von DDR und SRR ein hohes Niveau aufweist und sich ständig weiterentwickelt.

Das Zusammentreffen des Genossen Günther Kleiber mit dem Ersten Sekretär des ZK der KP Kubas, Genossen Fidel Castro, diente der Vermittlung von Erfahrungen der SED und der KP Kubas bei der weiteren Stärkung der Wirtschaftskraft beider Länder sowie der Vervollkommnung der engen Zusammenarbeit der Bruderländer im Rahmen des RGW. Freundschaftliche Begegnungen hatte Genosse Harry Tisch mit den Genossen Shambyn Batmunch, Zhao Ziyang und Kim Il Sung bei Besuchen in der Mongolischen Volksrepublik, in der Volksrepublik China und in der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik.

Die brüderliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern Indo-

chinas wurde systematisch fortgeführt und vertieft. Davon zeugen auch die Besuche des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR in der Volksrepublik Kampuchea, der Sozialistischen Republik Vietnam und der Volksdemokratischen Republik Laos im März dieses Jahres.

Die Begegnungen und Gespräche auf hoher Ebene mit führenden Repräsentanten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien widerspiegeln, daß sich die bilateralen Beziehungen zwischen beiden sozialistischen Ländern erfolgreich entwickeln.

Entschiedenes Eintreten für ein Klima des Vertrauens und der Zusammenarbeit

Genossinnen und Genossen!

Auch in den vergangenen Monaten stellte die DDR die Entwicklung ihrer Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern voll in das weltumspannende Ringen um eine Koalition der Vernunft und des Realismus zur Abwendung der Gefahr eines nuklearen Infernos. Der politische Dialog mit allen Kräften dieser Staaten, die es mit dem Frieden ernst meinen, schließt die Übereinstimmung ein, daß die Politik der friedlichen Koexistenz der einzig gangbare Weg ist, um die Welt sicherer zu machen.

Im Dezember 1986 unterstrich Genosse Erich Honecker in einer Botschaft an den italienischen Ministerpräsidenten, Bettino Craxi, die Bedeutung, die auch in Zukunft die europäischen Länder mit unterschiedlicher sozialpolitischer Orientierung haben, die aktiv darauf hinwirken, den politischen Dialog als Instrument für größeres Vertrauen und Stabilität zu bejahen. Im Januar 1987 stattete der japanische Ministerpräsident, Yasuhiro Nakasone, der DDR einen offiziellen Besuch ab. In den Gesprächen stimmte er mit Genossen Erich Honecker darin überein, daß alles für die Bewahrung des Weltfriedens getan werden muß. Es wurde unterstrichen, daß der politische Dialog einen wesentlichen Beitrag zur Bannung der Atomkriegsgefahr leisten kann.

Von dem Bestreben geprägt, die günstiger gewordenen Möglichkeiten für einen wirksamen Abbau der Spannungen in Europa zu nutzen, war der offizielle Staatsbesuch, den Genosse Erich Honecker Anfang Juni dem Königreich der Niederlande abstattete. In den Gesprächen mit Königin Beatrix, Ministerpräsident Lubbers und weiteren Persönlichkeiten erläuterte der Vorsitzende des Staatsrates der DDR die vom Berliner Gipfel bekräf-

tigte sozialistische Europapolitik. Mit dem Besuch wurden für einen neuen Abschnitt in den bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten gewichtige Vereinbarungen getroffen, die den vertrauensvollen Dialog ebenso einschließen wie den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Während des Meinungsaustausches, der geprägt war von Offenheit, Konstruktivität, Berechenbarkeit und gegenseitigem Verständnis, konnte beiderseitige Übereinstimmung hinsichtlich der Beseitigung der amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa sowie der Notwendigkeit festgestellt werden, in Verhandlungen über die drastische Reduzierung der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen einzutreten. Beide Seiten erachteten die Fortsetzung des KSZE-Prozesses für die Sicherung des Friedens, die Schaffung von mehr Vertrauen, mehr Sicherheit und gutnachbarlicher Zusammenarbeit in Europa als unabdingbar.

In der niederländischen Öffentlichkeit fanden die Dialogpolitik der DDR und das aktive Handeln des Genossen Erich Honecker zu deren Verwirklichung sowie sein mutiger antifaschistischer Kampf eine nachdrückliche, demonstrative Würdigung. Das Politbüro bewertete die Gespräche als außerordentlich bedeutungsvoll für die weitere Entwicklung auf unserem Kontinent.

Im Berichtszeitraum bestand Gelegenheit, zahlreiche offizielle Vertreter weiterer westeuropäischer und anderer Staaten über die Friedenspolitik und die erfolgreiche gesellschaftliche Entwicklung der DDR zu informieren. In den Gesprächen, die die Genossen Willi Stoph und Horst Sindermann mit dem Präsidenten des Repräsentantenhauses der Republik Zypern sowie Hermann Axen mit dem Ministerpräsidenten Griechenlands führten, wurden übereinstimmende Auffassungen zu wesentlichen Fragen der Friedenssicherung und Abrüstung erzielt. Der Vertiefung der bilateralen Beziehungen dienten die Gespräche mit führenden Repräsentanten Japans und Österreichs während der Besuche von Volkskammerdelegationen unter Leitung des Genossen Horst Sindermann. Genosse Oskar Fischer erläuterte bei offiziellen Besuchen in Belgien, Luxemburg und Frankreich ebenso wie in Gesprächen mit dem kanadischen Außenminister, der im Mai in der DDR weilte, die Initiativen und den Beitrag der DDR zur Verminderung der militärischen Konfrontation sowie zur Schaffung von Vertrauen in Europa.

Die DDR leistete auch auf der 41. UNO-Vollversammlung, deren Gesamtbild weitgehend durch Fragen der Abrüstung und Rüstungsbegren-

zung geprägt wurde, mit den von ihr eingebrachten bzw. als Koautor mitgetragenen Resolutionen eine aktive Arbeit.

Während des offiziellen Besuches von UN-Generalsekretär, Pérez de Cuéllar, in der DDR erläuterte der Vorsitzende des Staatsrates der DDR die in den Beschlüssen der Berliner Tagung des Warschauer Vertrages aufgezeigten Wege zur Festigung der europäischen und internationalen Sicherheit. Die Gesprächspartner stimmten darin überein, daß die Möglichkeiten für reale Abrüstungsergebnisse gewachsen und unumgänglich sind. Nur über die Verminderung der Rüstungen ist der Frieden auf eine stabile, dauerhafte Grundlage zu stellen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen würdigte in allen seinen Gesprächen die Friedenspolitik der DDR, ihr aktives und konstruktives Wirken in der UNO und wünschte dem Volk der DDR weitere Erfolge bei seinem friedlichen Aufbauwerk. Der Besuch wird der Zusammenarbeit zwischen der DDR und den Vereinten Nationen weitere Impulse verleihen.

Genossinnen und Genossen!

Die großen politischen und kulturellen Ereignisse zum 750jährigen Bestehen von Berlin finden weltweit große Resonanz. Das bedeutende Echo zeugt von der breiten internationalen Zustimmung für die vom sozialistischen deutschen Staat des Friedens und seiner Hauptstadt ausgehende Politik des Dialogs und der Verständigung. Das große Aufbauwerk, das seit Jahren alle Bezirke der DDR einschließlich der Berliner in Berlin vollbringen, findet dabei besondere Beachtung. Unsere Hauptstadt wurde zu einem würdigen Vertreter der DDR in der nationalen und internationalen Arena. Sie ist eine wahre Stadt des Friedens und des Sozialismus.

Zu einem repräsentativen weltoffenen Forum über die gemeinsame Verantwortung für die Erhaltung des Friedens und zu einem intensiven kommunalpolitischen Erfahrungsaustausch gestaltete sich vom 1. bis 5. Juni das Internationale Bürgermeistertreffen in Berlin unter dem Leitmotiv »Politik für den Frieden und das Wohl der Menschen«. An ihm nahmen Repräsentanten von 168 Städten aus 83 Ländern aller Kontinente sowie der Weltföderation der Partnerstädte und der Organisation Arabischer Städte teil. Die Kommunalpolitiker aus aller Welt wurden vom Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, Vorsitzender des DDR-Komitees zum 750jährigen Bestehen von Berlin, empfangen. Die Repräsentanten von Hauptstädten überbrachten ihm die Grüße ihrer Staatsoberhäupter.

Genossinnen und Genossen!

Die SED geht davon aus, daß der Frieden in unserer Zeit unteilbar ist.

Mit Befriedigung stellen wir fest, daß die Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in Wahrnehmung ihrer ureigensten nationalen Interessen immer entschiedener für die Abwendung der Gefahren eines nuklearen Weltkrieges eintreten. Sie sind für die Beendigung des Wettrüstens auf der Erde und seine Verhinderung im Weltall, für die Festigung der internationalen Sicherheit und für ein Klima des Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten und Völkern.

Bei den nichtpaktgebundenen Staaten findet das konsequente Eintreten der DDR für die Lösung der globalen wie der regionalen Probleme Anerkennung. Von einer hohen Wertschätzung zeugen auch die persönlichen Schreiben des argentinischen Präsidenten, Dr. Raúl Alfonsín, und des schwedischen Ministerpräsidenten, Ingvar Carlsson, an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, in denen sie für die ständige Unterstützung der 6-Staaten-Initiative für Frieden und Abrüstung durch die DDR danken.

Genossen!

Die durch Drohungen, Einmischung, Gewaltanwendung und das Schüren regionaler Konflikte gekennzeichnete neoglobalistische Politik des Imperialismus gefährdet heute nicht mehr nur die unmittelbar betroffenen Länder, sondern ganze Regionen und den Weltfrieden. Das wird immer deutlicher im südlichen Afrika, im Nahen Osten und in Mittelamerika.

Das menschenrechtsfeindliche und völkerrechtswidrige Vorgehen des Apartheidregimes in der Republik Südafrika erweist sich in zunehmendem Maße als Haupthindernis für eine friedliche und erfolgreiche Entwicklung der Völker im südlichen Afrika. Die DDR unterstützt solidarisch die unabhängigen Staaten dieser Region sowie den ANC und die SWAPO im Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt, für Beseitigung der Apartheid, für die Errichtung eines einheitlichen demokratischen und nichtrassistischen Südafrikas und für die Unabhängigkeit Namibias. Diesen Standpunkt bekräftigte Genosse Erich Honecker gegenüber einer hochrangigen Delegation der sechs Frontstaaten des südlichen Afrika, die im April in der DDR ihre erste gemeinsame Mission begann.

In einer Grußbotschaft des Genossen Erich Honecker an die Staatsoberhäupter bzw. Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Organisation der Afrikanischen Einheit zum 24. Jahrestag der OAU würdigte er den Kampf Afrikas für eine gerechte Lösung des Konfliktherdes im südlichen Afrika als einem untrennbaren Teil des weltweiten Ringens für die Sicherung des Friedens.

Zu den neuralgischen Punkten in der Welt zählt nach wie vor der durch den USA-Imperialismus und seinen »strategischen Verbündeten« in der

Region, Israel, verursachte Konflikt im Nahen Osten. Die DDR tritt entschieden für eine umfassende und gerechte Friedensregelung im Nahen Osten ein, die die Verwirklichung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes einschließt. Als geeigneten Weg dafür betrachtet sie die Durchführung einer von der Sowjetunion vorgeschlagenen internationalen Nahost-Konferenz unter Schirmherrschaft der UNO, an der die PLO gleichberechtigt mit allen anderen interessierten Seiten teilnimmt.

Der Erörterung internationaler, regionaler wie auch bilateraler Probleme dienten die Gespräche, die Genosse Heinz Keßler mit Präsident al-Assad beim Besuch der Syrischen Arabischen Republik , mit dem Präsidenten der Republik Zypern, Kyprianou, und Genosse Oskar Fischer bei offiziellen Besuchen in Sri Lanka und Indonesien führten. Der offizielle Besuch von Horst Dohlus in Äthiopien, sein Meinungsaustausch mit Mengistu Haile Mariam sowie des äthiopischen Außenministers, Berhanu Bayih, Ende April in der DDR boten Gelegenheit, den Gedankenaustausch zu internationalen Fragen fortzusetzen und die Beziehungen zwischen beiden Staaten weiter zu vertiefen. Es wurde die gemeinsame Auffassung bekräftigt, daß regionale Spannungs- und Konfliktherde, so auch am Horn von Afrika, das friedliche Zusammenleben der Völker und den Weltfrieden bedrohen und in jedem Fall eine politische Lösung gefunden werden muß.

Entwicklung der Zusammenarbeit mit den kommunistischen und Arbeiterparteien

Genossinnen und Genossen!

Große Aufmerksamkeit widmete das Politbüro dem zwei- und mehrseitigen Zusammenwirken mit den Bruderparteien der sozialistischen Länder auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Gleichheit, Unabhängigkeit und Selbständigkeit, Verantwortung der Parteien gegenüber den eigenen Völkern und gegenseitige Unterstützung sowie die sorgfältige Berücksichtigung der Interessen des anderen bilden die entscheidende Grundlage für die harmonische Gestaltung des brüderlichen Miteinanders der Parteien.

Besonders rege war der Informations- und Gedankenaustausch zwischen der SED und der KPdSU. Während der freundschaftlichen Begegnungen mit den Sekretären des ZK der KPdSU Viktor Nikonow im November 1986, mit Anatoli Dobrynin im Januar und Wadim Medwedjew im Mai

betonte Genosse Erich Honecker, daß die Übereinstimmung beider Parteien in den Grundfragen der internationalen Politik und des sozialistischen Aufbaus im engen Zusammenwirken zwischen der SED und der KPdSU ihren Ausdruck findet.

Dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien noch effektiver und dynamischer zu gestalten, dienten auch die Gespräche der Genossen Werner Felfe, Günther Kleiber, Erich Mückenberger und Harry Tisch in Moskau. Die SED entsandte im Berichtszeitraum 10 Delegationen in die Sowjetunion und empfing 7 Delegationen der KPdSU. Damit wurde der Erfahrungsaustausch zum beiderseitigen Nutzen erfolgreich fortgesetzt.

Entsprechend den langfristigen Vereinbarungen wurde der Delegations- und Erfahrungsaustausch auch mit den Bruderparteien der anderen sozialistischen Länder durchgeführt. Es wurden 34 Delegationen ausgetauscht. In den Gesprächen der Genossen Hermann Axen, Horst Dohlus, Werner Felfe, Kurt Hager, Günter Mittag, Erich Mückenberger und Günter Schabowski mit führenden Genossen der PVAP, KPTsch, BKP, der USAP und des BdKJ wurden Fragen erörtert, wie den neuen Anforderungen beim sozialistischen Aufbau Rechnung getragen und wie durch engeres Zusammenwirken der Bruderparteien der Frieden gefestigt werden kann. Unter Leitung des Genossen Werner Krolikowski nahm eine Delegation der SED am VI. Parteitag der KP Vietnams teil und überbrachte solidarische Kampfesgrüße der Kommunisten der DDR.

Die SED beteiligte sich aktiv an multilateralen Beratungen der Bruderparteien sozialistischer Länder. Die Genossen Kurt Hager und Hermann Axen nahmen an der Beratung der Sekretäre für ideologische und internationale Fragen der Zentralkomitees kommunistischer und Arbeiterparteien sozialistischer Länder in Warschau teil. Genosse Werner Felfe leitete die Delegation der SED auf der Beratung der Sekretäre für Fragen der Landwirtschaftspolitik in Moskau, und Genosse Horst Dohlus vertrat die SED auf der Beratung der Sekretäre für Partei- und Organisationsfragen in Bukarest.

Im Interesse der Stärkung des gemeinsamen Ringens um die Festigung von Frieden und Sicherheit in Europa wandte sich Genosse Erich Honecker mit persönlichen Schreiben an die Vorsitzenden beziehungsweise Generalsekretäre von kommunistischen und Arbeiterparteien der kapitalistischen Länder Europas, von sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in Westeuropa sowie an den Repräsentanten der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt. Er informierte über seinen Brief an den

Bundeskanzler der BRD zwecks Aufnahme von Verhandlungen zur Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors und ersuchte um eine aktive Unterstützung dieser Initiativen.

In den Reaktionen der führenden Repräsentanten dieser Parteien wird der Vorschlag der DDR und der ČSSR zur Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors als wirksame Initiative gewertet, um auf dem Weg des Abbaus der Konfrontation und im Prozeß der Abrüstung voranzukommen.

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Beziehungen mit den kommunistischen und Arbeiterparteien kapitalistischer Länder waren die Gespräche des Genossen Erich Honecker mit führenden Repräsentanten der Bruderparteien. Dazu zählt seine freundschaftliche Begegnung mit dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Spaniens, Gerardo Iglesias. Das war der erste offizielle Besuch eines Generalsekretärs der KPS seit mehr als 12 Jahren. Er leitete eine neue Etappe in den Beziehungen zwischen unseren Parteien ein. Zu einem herzlichen Gespräch traf Genosse Erich Honecker mit dem Generalsekretär der KP Griechenlands, Harilaos Florakis, zusammen. Der konstruktive, vertrauensvolle Meinungsaustausch verlief im Geiste der vollen Übereinstimmung in allen behandelten Grundfragen und bildet eine gute Grundlage für die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien.

Ein Höhepunkt in den langjährigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen der SED und der Italienischen Kommunistischen Partei war der Besuch des Generalsekretärs der IKP, Alessandro Natta, in der DDR. In dem Gespräch mit Genossen Erich Honecker wurde die weitgehende Übereinstimmung zwischen beiden Parteien in der Einschätzung der internationalen Lage, im gemeinsamen Eintreten für Abrüstung, Entspannung und Zusammenarbeit deutlich, die günstige Voraussetzungen für das verstärkte Zusammenwirken der SED und der IKP im Friedenskampf schafft.

Im Rahmen des Staatsbesuches in den Niederlanden hatte Genosse Erich Honecker auch mit der Vorsitzenden der KP der Niederlande, Elli Izeboud, einen freundschaftlichen Gedankenaustausch. Zur Vertiefung der Parteibeziehungen trug die Entsendung von Delegationen des ZK der SED zu den Parteitagen von Bruderparteien bei. Am 16. Parteitag der Fortschrittspartei des werktätigen Volkes Zyperns nahm eine Delegation unter Leitung von Margarete Müller teil. Werner Eberlein überbrachte dem 26. Parteitag der KP Österreichs die Kampfesgrüße unserer Partei. Inge Lange leitete die Delegation, die am 28. Parteitag der KP Dänemarks teilnahm. Zum 12. Parteitag der KP Griechenlands entsandte die SED eine

Delegation unter Leitung von Hermann Axen. Werner Jarowinsky führte die Abordnung unserer Partei zum 21. Parteitag der KP Finnlands. Am VIII. Parteitag der SEW nahm eine Delegation unter Leitung von Alfred Neumann teil. Delegationen der SED nahmen auch an den Parteitagen der Partei der Arbeit der Schweiz, der KP Norwegens, der KP der Völker Spaniens und der KP Finnlands (Einheit) teil.

Genossen!

Feste Solidarität mit dem Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas für nationale und soziale Befreiung kennzeichnet die Entwicklung der Beziehungen der SED zu Parteien und Bewegungen in diesen Ländern. Zu einer Manifestation der brüderlichen Solidarität mit der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SAKP) gestaltete sich die Begegnung zwischen dem Generalsekretär des ZK der SED und dem Generalsekretär der SAKP, Joe Slovo. Genosse Erich Honecker bekräftigte, daß die SED und das Volk der DDR fest an der Seite der SAKP und aller im Befreiungsbündnis unter Führung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) vereinten südafrikanischen Patrioten in deren Kampf für ein antirassistisches, einheitliches, demokratisches und friedliebendes Südafrika stehen.

Die Gespräche, die von den Genossen Günther Kleiber in Moçambique und Gerhard Müller in Algerien geführt wurden, trugen dazu bei, die freundschaftlichen Beziehungen unserer Partei zur Frelimo-Partei Moçambiques und zur FLN-Partei Algeriens zu festigen. Auf Einladung des ZK der SED weilten eine Delegation der Irakischen Kommunistischen Partei unter Leitung des Ersten Sekretärs des ZK, Aziz Mohammed, und eine Delegation der Sudanesischen Kommunistischen Partei unter Leitung des Ersten Sekretärs des ZK, Mohammed Ibraim Nugud, in der DDR.

Wir verfolgen seit Jahrzehnten mit großer Sympathie und aktiver Solidarität den Kampf des palästinensischen Volkes um die Lösung seiner Lebensfragen. Ausdruck dafür war auch die Teilnahme einer Delegation der DDR an der kürzlich in Algier durchgeführten 18. Tagung des Palästinensischen Nationalrates. Die SED begrüßt die Ergebnisse dieser Tagung, die günstige Voraussetzungen für ein engeres Zusammenwirken aller patriotischen und demokratischen Kräfte der Region im Kampf um eine umfassende, dauerhafte und gerechte Lösung des Nahostkonfliktes schafft.

Unsere Partei unterstützt auch alle Initiativen in Mittelamerika, die zu einer gerechten politischen Regelung bestehender Streitfragen im Interesse der Völker führen. Wir bekräftigen unsere aktive Solidarität mit dem standhaften Volk Nikaraguas und mit dem Ringen aller anderen Länder und Völker um Souveränität, Selbstbestimmung und sozialen Fortschritt.

Unsere Solidarität gilt dem Generalsekretär der Sozialistischen Partei Chiles, Genossen Clodomiro Almeyda, dessen mutige Rückkehr in seine Heimat zu einem neuen Fanal des Kampfes der antifaschistischen Kräfte Chiles für die Wiederherstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten geworden ist.

Die SED empfing 18 Delegationen kommunistischer und revolutionärdemokratischer Parteien sowie von Befreiungsbewegungen aus Entwicklungsländern. Unsere Partei entsandte 12 Delegationen zu diesen Parteien und Bewegungen. Delegationen der SED nahmen an den Parteitagen der Libanesischen KP, der KP Sri Lankas, der Sozialistischen Einheitspartei Mexikos, der KP Bangladeshs und der Peruanischen KP teil.

Einen wirksamen Beitrag zur Stärkung der Kräfte der Vernunft und des Realismus leistete die SED durch den Ausbau des Dialogs mit sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien. Während des Staatsbesuchs in den Niederlanden traf der Generalsekretär des ZK der SED mit den führenden Vertretern der Partei der Arbeit, Wim Kok und Mariane Sint, zusammen. Genosse Erich Honecker und seine niederländischen Gesprächspartner betonten, daß es gerade in der gegenwärtigen zugespitzten internationalen Situation darauf ankommt, Vertrauen und Entspannung zu fördern.

Diese Übereinstimmung gab es auch in den Gesprächen, die die Genossen Hermann Axen mit dem Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Felipe González, und Erich Mückenberger mit den führenden Repräsentanten der Sozialdemokratischen Partei Finnlands führten. Fragen der Friedenssicherung, der politischen Lösung regionaler Konflikte sowie des Kampfes der lateinamerikanischen Länder für die Festigung ihrer Souveränität, gegen imperialistische Einmischung und Schuldendiktat standen im Mittelpunkt der Begegnung des Genossen Egon Krenz mit dem Präsidenten der Revolutionären Demokratischen Front El Salvadors und Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale, Dr. Guilermo Manuel Ungo. Der Generalsekretär der Luxemburgischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Reymond Becker, wurde zu einer Aussprache im Zentralkomitee empfangen.

Von seiten unserer Partei nahmen Delegationen an Parteitagen der Sozialistischen Partei Frankreichs und der Italienischen Sozialistischen Partei teil. Eine Delegation der Christlichen Volkspartei Belgiens unter Leitung ihres Vorsitzenden, Frank Swaelen, weilte auf Einladung des ZK der SED in der DDR und führte Gespräche mit den Genossen Horst Sindermann und Hermann Axen, die weitgehende Übereinstimmung beziehungsweise

nahekommende Positionen zu Grundfragen von Frieden und Abrüstung verdeutlichten.

Zu den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD

Genossen!

Unsere auf die Erhaltung und Sicherung des Friedens gerichtete Politik bleibt auch bei der Gestaltung der Beziehungen der DDR zur BRD das bestimmende Element. In diesem Sinne wurde durch Genossen Erich Honecker und weitere Mitglieder der Partei- und Staatsführung der politische Dialog mit verantwortlichen politischen Kräften der BRD, sowohl der Regierungskoalition als auch der Opposition, zielstrebig fortgesetzt.

Wenn von deutschem Boden Initiativen für einen dauerhaften Frieden in Europa ausgehen und wenn sich die beiden deutschen Staaten in ihrem Verhältnis zueinander von den Grundsätzen friedlicher Koexistenz leiten lassen, dann sind auch weitere Fortschritte in anderen Bereichen der bilateralen Beziehungen möglich. Dazu wurde vereinbart, weitere Schritte zur Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der DDR und der BRD auf verschiedenen Sachgebieten in Angriff zu nehmen. Es versteht sich von selbst, daß konstruktive Zusammenarbeit die beiderseitige Achtung der Souveränität und der Gleichheit voraussetzt.

Es bleibt zu hoffen, daß der Bundeskanzler der BRD zu seiner Regierungserklärung vom 18. 3. 1987 steht, wonach die BRD nach aktiver und weltweiter Friedenspolitik strebe und sich für ein gutes Klima in den Beziehungen zur DDR einsetze. Die Zustimmung der BRD-Regierung zu einer doppelten Null-Lösung ist zweifellos ein Schritt in die richtige Richtung.

Angesichts der andauernden Widerstände gegen eine vollständige Beseitigung der nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa durch gewisse Kreise innerhalb der CDU/CSU muß nunmehr erwartet werden, daß die BRD ihre Bremserrolle und ihre zwielichtige Haltung im Abrüstungsdialog völlig aufgibt und die Chancen für einen Durchbruch zu wirklicher Abrüstung aktiv unterstützt. Immer neue Verknüpfungen und Forderungen zu einer doppelten Null-Lösung verzögern und gefährden ein Abkommen zum Abbau von Atomraketen in Europa. Sie widersprechen den Lebensinteressen des eigenen Volkes und stehen im Gegensatz zur Meinung der Mehrheit der BRD-Bevölkerung.

In den Gesprächen, die Genosse Erich Honecker mit Martin Bangemann, Vorsitzender der FDP und Wirtschaftsminister der BRD, und Wolfgang Mischnick, Vorsitzender der FDP-Fraktion im BRD-Bundestag, führte, wurde der Beitrag beider deutscher Staaten für eine Verbesserung des politischen Klimas in Europa erörtert. Diesem Anliegen entspricht auch die von der FDP eingenommene zustimmende Haltung zur doppelten Null-Lösung bei Mittelstreckenraketen.

Im Geiste der Übereinstimmung zwischen SED und SPD in den Fragen der Sicherung des Friedens, der Vereitelung eines nuklearen Infernos und der Rückkehr zu einer dauerhaften Entspannung verlief die Begegnung des Genossen Erich Honecker mit dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Dr. Hans-Jochen Vogel, der inzwischen zum Vorsitzenden der SPD gewählt wurde. Dabei wurde bekräftigt, daß die Befreiung Europas von Atomwaffen ein lebensnotwendiges und auch realistisches Ziel ist. Was die Möglichkeiten für die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der DDR und der BRD betrifft, so bestand Einigkeit darüber, daß auch dort Realismus und Vernunft vonnöten sind.

Die von der SPD bezogenen Positionen zur Elbe-Grenze, zur Auflösung der sogenannten Erfassungsstelle Salzgitter und zur Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR sind zeitgemäß, ebenso das Eintreten der SPD-Fraktion des BRD-Bundestages für die Aufnahme offizieller Beziehungen des Bundestages zur Volkskammer der DDR.

In aufgeschlossener und konstruktiver Atmosphäre verlief das Treffen des Genossen Erich Honecker mit dem saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine. Eine Reihe konkreter Vereinbarungen werden dazu beitragen, die bestehenden fruchtbaren Beziehungen zwischen der DDR und dem Saarland weiter zu vertiefen. Fortgesetzt wurde der Meinungsaustausch durch Genossen Joachim Herrmann, der auf Einladung Oskar Lafontaines an der Saar weilte.

Von großer Bedeutung waren ebenso die Begegnungen des Genossen Erich Honecker mit den Ministerpräsidenten weiterer BRD-Länder, so von Rheinland-Pfalz, Bernhard Vogel, von Baden-Württemberg, Lothar Späth, von Bayern, Franz-Josef Strauß, und von Hamburg, Klaus von Dohnanyi. In ihnen kam übereinstimmend zum Ausdruck, daß die weitere Vertiefung der Beziehungen zwischen ihren Bundesländern und der DDR im Interesse von guter Nachbarschaft und Entspannung in Europa liege und deshalb beiderseits gefördert wird. Von Bedeutung seien dabei der weitere Ausbau des Handels, die Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und die Verbreiterung des kulturellen Austausches.

Genosse Günter Mittag hatte Begegnungen mit führenden Politikern und mit Vertretern der Wirtschaft während der Leipziger Frühjahrsmesse sowie in Hannover und Bonn, wo er auch von Bundeskanzler Helmut Kohl empfangen wurde. Offizielle Gespräche führten Delegationen des FDGB und des DGB unter Leitung ihrer Vorsitzenden, Harry Tisch und Ernst Breit, in der DDR. Insgesamt stellen die zahlreichen Gespräche mit Politikern der verschiedensten Parteien und Organisationen der BRD den Willen der DDR unter Beweis, durch politischen Dialog zur Friedenssicherung in Europa aktiv beizutragen.

Genossen!

Natürlich übersehen wir nicht, daß gewisse Kreise in der BRD nach wie vor in alten Vorstellungen verharren, die die Welt schon zweimal in furchtbare Kriege stießen, die abweichend vom europäischen Vertragssystem die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entstandene territoriale Ordnung beseitigen möchten.

Ihr neuerlicher Versuch, abrüstungspolitische Schritte mit einer Debatte über die »Wiedervereinigung« zu verknüpfen, ist untauglich und stellt mögliche Fortschritte in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD in Frage. In diesem Sinne sind auch die Äußerungen von Bundeskanzler Kohl zu werten, der erneut nationalistische, DDR-feindliche Positionen wiederholte. Charakteristisch ist, daß der Kanzler der BRD in einem Brief an die revanchistischen Landsmannschaften »unter dem Eindruck« – wie er sagte – »der hervorragenden Vorschläge Reagans« betonte, daß »die CDU die Überwindung der Teilung Deutschlands wieder zu einem Schwerpunkt ihrer Politik mache«.

Wenn die gegenwärtige Bundesregierung darin ihre Aufgabe erblickt, dann ist schwer verständlich, wie sie damit eine Verbesserung der Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik und zu den anderen sozialistischen Staaten erreichen will. Solchen unrealistischen Bestrebungen hat die DDR stets die entsprechende Antwort gegeben, und sie wird ihnen auch in Zukunft keinen Spielraum überlassen.

Kein Politiker der BRD, der ernst genommen werden will, kann sich an den im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandenen Resultaten vorbeimogeln. Im Herzen Europas existieren zwei souveräne, voneinander unabhängige deutsche Staaten. Die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen sind, wie Genosse Erich Honecker und Bundeskanzler Kohl in ihrer Gemeinsamen Erklärung vom 12. März 1985 feststellten, eine grundlegende Bedingung für den Frieden.

Genossen!

Den deutlich provokatorischen Charakter des Besuches des Präsidenten der USA in Berlin (West) kennzeichneten auch seine offiziellen Begegnungen mit dem Präsidenten der BRD, von Weizsäcker, mit Bundeskanzler Kohl sowie mit dem Bundestagspräsidenten Jenninger, was bekanntlich eine grobe Verletzung der Bestimmungen des Vierseitigen Abkommens über Berlin (West) darstellt, wonach Berlin (West) nicht zur Bundesrepublik gehört und nicht von ihr regiert werden darf.

In der Begegnung des Genossen Erich Honecker mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin (West), Eberhard Diepgen, am Rande der Leipziger Frühjahrsmesse wurde betont, daß bei strikter Einhaltung des Vierseitigen Abkommens von 1971 die Beziehungen zwischen der DDR und Westberlin positiv gestaltet werden können. Diese gerade angesichts der 750-Jahr-Feier Berlins gebotene Chance wurde jedoch nicht genutzt. Im Gegenteil: Die vom Ungeist des kalten Krieges beherrschten verleumderischen und aggressiven Reden gegen die DDR und ihre Bürger, die Anmaßung, Westberlin als Teil der BRD darzustellen, verletzten Geist und Buchstaben jenes Abkommens, auf dessen Grundlage allein weitere Fortschritte in den Beziehungen möglich wären.

Die DDR hat angemessen und maßvoll auf Provokationen reagiert. Wir sprechen die Erwartung aus, daß auch der Senat von Berlin (West) das Seine dafür tut, um die Möglichkeiten für eine engere, fruchtbare und ausbaufähige Zusammenarbeit zwischen Westberlin und seiner Umwelt, der DDR, zu nutzen.

Genossen!

Die umfangreichen außenpolitischen Aktivitäten im Berichtszeitraum, wie sie auch in den Materialien zum Ausdruck kommen, die dem Zentralkomitee vorliegen, berechtigen zu der Feststellung, daß vom Politbüro alles getan wird, um günstige äußere Bedingungen für die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR zu gewährleisten.

II. Erfolgreich wird die vom XI. Parteitag der SED beschlossene ökonomische Strategie verwirklicht

Genossinnen und Genossen!

Auch auf dem Gebiet der Wirtschaft stand die Tätigkeit des Politbüros und des Sekretariats des Zentralkomitees ganz im Zeichen der erfolgreichen Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED. Es wurden alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, um auf dem Hauptkampffeld, der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, als Kern der ökonomischen Strategie, weiter gut voranzukommen. Richtungweisend dafür waren und sind die Beschlüsse der 3. Tagung des Zentralkomitees und die Rede des Genossen Erich Honecker vor den 1. Sekretären der Kreisleitungen.

Ein bedeutendes Ereignis im politischen Leben unseres Landes war der 11. Kongreß des FDGB, der umfassendsten Klassenorganisation der Arbeiterklasse und der größten Massenorganisation der Werktätigen in unserer sozialistischen Gesellschaft. Die richtungweisende Rede des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED über die Rolle der Gewerkschaften bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR wurde mit Begeisterung aufgenommen.

Es bestätigt sich erneut: Ohne starke Gewerkschaften gibt es keinen starken Sozialismus. Mit seinen Beschlüssen demonstrierte der 11. Kongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes das enge Kampfbündnis zwischen FDGB und SED und die Entschlossenheit, die Beschlüsse des XI. Parteitages der SED zum Maßstab der eigenen Arbeit zu machen.

Ganz im Sinne der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik hat der bedeutungsvolle 11. FDGB-Kongreß wichtige Impulse dafür gegeben, daß jedes Gewerkschaftsmitglied seiner Verantwortung für die allseitige Stärkung der DDR stets gerecht wird. Dazu gehört in erster Linie, den sozialistischen Wettbewerb unter der bewährten Losung »Hohe Leistungen zum Wohle des Volkes und für den Frieden – Alles für die Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED!« kraftvoll mit dem Ziel fortzusetzen, täglich hohe erzeugniskonkrete Leistungen zur Überbietung der Planaufgaben 1987 für ein wachsendes verteilbares Endprodukt zu erreichen.

Dazu ist weiterhin ein hohes Wachstumstempo der Arbeitsproduktivität, der Effektivität und der Qualität anzustreben. Eine Hauptfrage ist dabei, die für unsere dynamische volkswirtschaftliche Entwicklung ausschlaggebenden Erzeugnisse der Staatsplanpositionen in Menge und Wert in hohem Tempo entsprechend den Planzielen und Verpflichtungen zu steigern.

In Tausenden von Briefen an das Zentralkomitee und seinen Generalsekretär, Genossen Erich Honecker, haben Werktätige, Partei-, Gewerkschafts- und Jugendkollektive ihre Positionen und Vorhaben zur weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages dargelegt. Sie sind in ihrer Qualität bisher einmalig in der langen Geschichte des sozialistischen Wettbewerbs.

Hervorragende Initiativen gingen vom Seminar des Zentralkomitees mit den Generaldirektoren der Kombinate und Parteiorganisatoren des ZK aus. Dafür sprechen die im Namen von über 3 Millionen Werktätigen der Kombinate in der Industrie, im Bauwesen sowie im Transport- und Nachrichtenwesen abgegebenen Verpflichtungen, bei wichtigen volkswirtschaftlichen Erzeugnissen 1987 eine zusätzliche Produktion von 2,2 Milliarden Mark zu erreichen.

Zu den herausragenden Aktivitäten gehören die Verpflichtungen von 51 Helden der Arbeit, die mit ihren Kollektiven aus Anlaß des Weltfriedenstages die bisher höchste arbeitstägliche Leistung zur Erfüllung und erzeugniskonkreten Überbietung des Volkswirtschaftsplanes 1987 erbringen wollen.

Beeindruckende Bilanz bei der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1987

Genossen!

Das Politbüro hat sich in der Berichtsperiode regelmäßig mit der Verwirklichung der Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1987 befaßt. Der Ministerrat wurde mit der Durchführung der beschlossenen Maßnahmen beauftragt.

Bis Ende Mai stieg das produzierte Nationaleinkommen um 3 Prozent. Das ist angesichts der extremen Witterungsbedingungen in den ersten Monaten dieses Jahres und der damit verbundenen beträchtlichen Aufwendungen im Produktionsverbrauch eine hohe Leistung. Den ausschlaggebenden Beitrag für dieses volkswirtschaftliche Wachstum erbrachte die Industrie. Ihre Nettoproduktion stieg bei einer Planerfüllung von 101,5 Prozent um 6,3 Prozent. Der Planvorsprung bei der industriellen Warenproduktion betrug 970 Millionen Mark.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität erreichte 6,8 Prozent. Damit wird das 1986 begonnene schnellere Tempo der Steigerung der Arbeitsproduktivität im Vergleich zum Produktionswachstum fortgesetzt. In 115 zentral- und bezirksgeleiteten Kombinaten beruht der Produktionszuwachs ausschließlich auf gestiegener Arbeitsproduktivität. Das ist ein überzeugender Ausdruck dafür, daß es uns gelingt, mittels der ökonomischen Strategie die umfassende Intensivierung zur dauerhaften Grundlage für dynamisches Leistungswachstum der Volkswirtschaft zu machen. Zu den Kombinaten, die mit guten Ergebnissen die Hauptkennziffern der Leistungsbewertung erfüllten und ein hohes Leistungswachstum durch steigende Arbeitsproduktivität erzielten, gehören das Rohrkombinat Riesa, das Mansfeld Kombinat »Wilhelm Pieck«, das Kombinat Elektronische Bauelemente Teltow und das Kombinat Haushaltgeräte Karl-Marx-Stadt.

Das Politbüro kann dem Zentralkomitee berichten, daß im Wettlauf mit der Zeit alles getan wird, um die Produktion und Anwendung von Schlüsseltechnologien als grundlegende Voraussetzung für die weitere Stärkung der ökonomischen Kraft unserer Volkswirtschaft zu beschleunigen.. Davon spricht unter anderem das Wachstum der Produktion von Büro-, Personal- und Arbeitsplatzcomputern um 63 Prozent. Bei monolithisch-integrierten Schaltkreisen beträgt die Zunahme der Produktion 44 Prozent und bei Spezialausrüstungen zur Herstellung aktiver Bauelemente 79 Prozent. Bedeutend ist ebenso das Tempo der Produktionssteigerung bei

Lichtleiterkabeln. Das Wachstum beträgt hier 169 Prozent. 10 000 Arbeitsplatzcomputer mit 16-Bit-Verarbeitungsbreite, die für die Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Republik von großer Bedeutung sind, wollen die Werktätigen des VEB Robotron-Elektronik Dresden unserer Volkswirtschaft in diesem Jahr zusätzlich zur Verfügung stellen.

Ein wichtiger Beitrag im Kampf um die Senkung des Produktionsverbrauchs wurde erneut durch die Initiative »Rückgabe von Fonds an den Staat – Beitrag zum Nationaleinkommen« geleistet, die seit Jahresbeginn zu einer Rückgabe an materiellen und finanziellen Fonds mittels Scheck der Staatsbank in Höhe von 1787 Millionen Mark geführt hat.

Bis Ende Mai wurden in der Industrie die Kosten je 100 Mark Warenproduktion um 1,3 Prozent gesenkt. Dabei kommt es vor allem darauf an, die ökonomische Wirksamkeit von Wissenschaft und Technik weiter zu erhöhen, die Investitionen termingerecht mit hoher Effektivität durchzuführen, die Auslastung der Produktionsanlagen weiter zu verbessern und alle Möglichkeiten für die weitere Senkung des Energie- und Materialaufwandes zu erschließen.

Das Bauwesen erfüllte seine Produktionsziele bis Ende Mai. Die Nettoproduktion wurde um 2,9 Prozent und die Arbeitsproduktivität um 3,9 Prozent erhöht.

Ein wichtiges Ereignis der festlichen Würdigung des 750jährigen Bestehens von Berlin war die Eröffnung der Bauausstellung der DDR durch den Generalsekretär des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, im Mai dieses Jahres. Diese Ausstellung, die als bisher umfangreichste und überzeugendste Leistungsschau des Bauwesens gestaltet wurde, widerspiegelt eindrucksvoll die Fortschritte, die in der Hauptstadt und in allen Bezirken unseres Landes im Wohnungsbau und in der Stadtentwicklung, im Industriebau, in der Baumaterialienindustrie und beim Bauen auf dem Lande erreicht worden sind. Die ausgestellten Spitzenleistungen, insbesondere die Anwendung von Schlüsseltechnologien, sowie die vielfältigen Veranstaltungen während der Bauausstellung gilt es in den Kombinaten und Betrieben des Bauwesens für die Beschleunigung der Leistungs- und Effektivitätsentwicklung gründlich auszuwerten und zu nutzen.

Das Politbüro hebt hervor, daß es bei unseren volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Zielen ein vorrangiges Anliegen bleibt, die Wirtschaftlichkeit und Qualität des Bauens entschieden zu erhöhen. Dabei geht es entsprechend der Zielstellung der 8. Baukonferenz insbesondere um die Senkung des Bauaufwandes um 10 Prozent, die Verkürzung der Bauzeiten um mindestens 15 Prozent, die Reduzierung des Material-,

Energie- und Transportaufwandes und der Kosten bei unbedingter Gewährleistung einer soliden Qualität des Gebauten. Auf dem IX. Kongreß der Architekten der DDR wurden diesem Anliegen neue Impulse verliehen. Überzeugend brachte der Kongreß zum Ausdruck, daß sich die Partei der Arbeiterklasse auch künftig fest auf das verantwortungsbewußte Wirken der Architektenschaft unseres Landes stützen kann.

Genossen!

Die Ergebnisse unserer volkswirtschaftlichen Entwicklung sind um so höher zu bewerten, da uns die extremen Witterungsbedingungen hohe Belastungen auferlegten. In dieser Bewährungsprobe zeigte sich erneut die Stärke unserer sozialistischen Planwirtschaft, die Kraft unserer sozialistischen Demokratie und die Fähigkeit unserer Partei, unter komplizierten Bedingungen rechtzeitig erforderliche Maßnahmen zu treffen. Den Ruf des Generalsekretärs des ZK der SED, die Auswirkungen der ungewöhnlichen Witterungsbedingungen durch solidarisches Handeln aller gesellschaftlichen Kräfte zu meistern, beantworteten Millionen Werktätige mit hohen Arbeitsleistungen, einschließlich von Sonderschichten und Arbeit an den Wochenenden.

Dank der Initiative und Einsatzbereitschaft der Bürger in Stadt und Land gelang es, die zeitweilig aufgetretenen Planrückstände im Verlaufe des I. Quartals aufzuholen. Große Leistungen wurden besonders von den Werktätigen der Kohle- und Energiewirtschaft und des Verkehrswesens, den Angehörigen der Nationalen Volksarmee, der Deutschen Volkspolizei und den Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit vollbracht.

So wurde bis Ende Mai ein Planvorsprung bei der Herstellung von Rohbraunsiebkohle von 533 000 Tonnen erzielt. An Stadtgas wurden 192 Millionen Kubikmeter über den Plan hinaus bereitgestellt.

Für die großen schöpferischen Leistungen, den selbstlosen Einsatz und für die hervorragenden Initiativen im Kampf zur Erfüllung der Planziele spricht das Zentralkomitee der SED allen Werktätigen seinen herzlichsten Dank und hohe Anerkennung aus.

Jetzt kommt es in der Arbeit des Ministerrates, jedes einzelnen Ministers und Generaldirektors sowie der Leiter von Betrieben und Einrichtungen und der Parteiorganisationen darauf an, den Kampf um die allseitige Erfüllung und gezielte Überbietung des Volkswirtschaftsplanes 1987 in allen seinen Positionen einheitlich und ergebnisreich zu leiten.

Entsprechend den Beschlüssen des XI. Parteitages wird das sozialpolitische Programm weiter erfolgreich verwirklicht

Liebe Genossen!

Wie es dem Sinn des Sozialismus entspricht, wurde die gewachsene Leistungskraft unserer Volkswirtschaft genutzt, das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes zu sichern und planmäßig zu erhöhen.

Das Wohnungsbauprogramm wird zügig weitergeführt. Bis Ende Mai wurden 80153 Wohnungen, darunter 38 809 durch Neubau, der Bevölkerung übergeben. Das sind insgesamt 2503 Wohnungen mehr, als der Plan vorsah. Damit verbesserten sich in diesem Jahr bis Ende Mai die Wohnbedingungen für weitere 240 000 Bürger.

Große Anstrengungen wurden unternommen, um mit den Wohnungen die dazugehörigen Gemeinschaftseinrichtungen termin- und standortgerecht zu übergeben. Mit der Übergabe von 5932 Kindergarten- und 2182 Kinderkrippenplätzen, 471 Feierabend- und Pflegeheimplätzen, 523 Unterrichtsräumen in allgemeinbildenden Schulen, 131 ambulanten ärztlichen Arbeitsplätzen sowie 580 Plätzen in Jugendklubs sind Ende Mai die anteiligen Zielstellungen des Volkswirtschaftsplanes 1987 erfüllt und teilweise überboten worden. Das alles trug dazu bei, das erreichte hohe Niveau in der Betreuung von jung und alt, das sich auch international sehen lassen kann, weiter auszubauen.

Auch bei der Erhaltung der wertvollen Wohnungssubstanz wurden in den ersten fünf Monaten dieses Jahres beachtliche Fortschritte erzielt. So ist das für den Zeitraum 1984 bis 1987 konzipierte Dachinstandsetzungsprogramm jetzt zu rund 90 Prozent erfüllt. Der Leistungsvergleich zeigt jedoch noch eine differenzierte Lage. So sind in 51 Kreisen Rückstände bei Baureparaturen an Wohngebäuden in Höhe von insgesamt 15,2 Millionen Mark zugelassen worden. Insbesondere in einigen Stadtbezirken der Hauptstadt Berlin und in den Städten Leipzig und Halle sind die Anstrengungen zu verstärken, um Dächer und Hausschornsteine in Ordnung zu bringen.

Das Politbüro hat weitere Maßnahmen zur ökonomisch und sozialpolitisch effektivsten Durchführung des Wohnungsbauprogramms in seiner Einheit von Neubau, Modernisierung und Erhaltung der Bausubstanz für den Zeitraum 1986 bis 1990 beschlossen. Im Kern geht es darum, die großen, aber nicht unbegrenzten Mittel, die wir für den Wohnungsbau ein-

setzen, verantwortungsbewußt vor allem auf jene Aufgaben zu konzentrieren, die der Schaffung guter Wohnbedingungen für alle Bürger zur Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem bis 1990 dienen.

Während des Besuches des Genossen Erich Honecker in Schwerin dankten ihm die Bürger für die zielstrebige Politik der Partei zum Wohle des Volkes. Sie sprachen mit Stolz darüber, wie sich seit dem VIII. Parteitag Schwerin zu einer modernen sozialistischen Stadt entwickelt hat, in der viel Neues entsteht und gleichzeitig historisch Wertvolles erhalten wird.

Entsprechend den Beschlüssen des XI. Parteitages wurden die Arbeiten zur würdigen Ausgestaltung der Hauptstadt Berlin als politisches, ökonomisches und kulturelles Zentrum der DDR mit der Kraft der ganzen Republik zielstrebig weitergeführt. Erfolgreich verwirklichen die Berliner Bauschaffenden und die an ihrer Seite tätigen mehr als 20 000 Werktätigen des Bauwesens und anderer Volkswirtschaftsbereiche aus allen Bezirken die gestellten Aufgaben.

Nach dem neuen großen Stadtbezirk Berlin-Marzahn, der seiner Vollendung entgegengeht, wird in Berlin-Hohenschönhausen und Berlin-Hellersdorf ein zügiger Baufortschritt gesichert. Bis September dieses Jahres ist vorgesehen, komplette Wohngebiete mit 21 000 bzw. 17 000 Wohnungen einschließlich der dazugehörigen Gemeinschaftseinrichtungen zu schaffen. Vor wenigen Wochen wurde die wiederaufgebaute Nikolaikirche, das Wahrzeichen Berliner Geschichte inmitten des historischen Nikolaiviertels, in Anwesenheit von Genossen Erich Honecker feierlich der Öffentlichkeit als museale Einrichtung übergeben. Beispielgebendes wird ebenso in der Wilhelm-Pieck-Straße, am Bersarinplatz, in der Frankfurter und Stralauer Allee und im Kietzer Feld in Köpenick geleistet. Die unterschiedliche Handschrift der Bauleute aus den verschiedenen Bezirken wirkt sich dabei auf die Vielfalt des Stadtbildes wohltuend aus. Seiner Fertigstellung entgegen gehen das Zeiss-Planetarium am Ernst-Thälmann-Park, das Grandhotel in der Friedrichstraße, der erste Bauabschnitt des künftigen Hauptbahnhofes und viel anderes.

Nicht zu übersehen ist zugleich, daß entsprechend der Rolle Berlins als größter Industriestadt der DDR im Berichtszeitraum bedeutende Investitionsvorhaben vor allem in den Bereichen Elektrotechnik/Elektronik, Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau und in der Konsumgüterindustrie realisiert worden sind und der Ausbau der Stadttechnik zielstrebig fortgeführt wurde.

Einen hervorragenden Anteil an der erfolgreichen Durchführung der

Bauaufgaben in der Hauptstadt hat die Jugend unseres Landes in der »FDJ-Initiative Berlin«. Ihr muß auch weiterhin die tatkräftige Fürsorge aller Partei- und Staatsorgane gelten.

Genossen!

In Fortsetzung des bewährten Kurses der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik wurden auf der Grundlage wachsender Leistungen in der Produktion um 4 Prozent höhere Geldeinnahmen der Werktätigen ermöglicht. Die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln wurde stabil gewährleistet. Von den Produktionsbetrieben aller Bereiche wurden Fertigerzeugnisse für die Bevölkerung in Höhe von 38,5 Milliarden Mark zu Einzelhandelsverkaufspreisen geliefert. Das sind 851 Millionen Mark mehr, als der Plan vorsah.

Das Politbüro hat im März eine Information des Ministerrates über eingeleitete Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung mit Kinderschuhen und Kinderbekleidung entgegengenommen und bestätigt. Im Kern geht es darum, die von den Kombinaten eingegangenen Verpflichtungen zur erzeugniskonkreten Überbietung des Planes 1987 mit 3,5 Millionen Paar Kinderschuhen und 2 Millionen Kinderanoraks wirksam zu unterstützen. Der Hauptweg ist die effektivere, insbesondere mehrschichtige Nutzung vorhandener Ausrüstungen und die weitere Rationalisierung der Produktionsprozesse. Dazu wurden konkrete Festlegungen gemeinsam mit den Bezirken getroffen.

Genossen!

Das Politbüro hebt hervor, daß es in allen Kombinaten und Betrieben die wichtigste Aufgabe ist und bleibt, Tag für Tag, Dekade für Dekade und Monat für Monat die volle Erfüllung der geplanten und bilanzierten Erzeugnisse, die bedarfsgerechte Produktion in Menge, Wert und Qualität sowie die vollständige Erfüllung aller abgeschlossenen Verträge zuverlässig zu sichern.

Das betrifft in besonderem Maße die allseitige Erfüllung der geplanten Aufgaben zur Produktion neuer Konsumgüter, einschließlich der kurzfristigen Beseitigung noch vorhandener Lieferrückstände. Jetzt kommt es darauf an, durch breite Anwendung von Schlüsseltechnologien die erreichten Ergebnisse in allen Kombinaten auszubauen. Dabei übersehen wir nicht, daß noch größere Anstrengungen erforderlich sind, um durch schnellere Umsetzung neuer wissenschaftlich-technischer Lösungen ohne Zeitverzug in breitestem Maße die bedarfsdeckende Produktion solcher Erzeugnisse zu gewährleisten, die den Wünschen der Käufer entsprechen und sich auf dem Markt bewähren. Das ist eine Aufgabe für die

gesamte Volkswirtschaft, für jedes Kombinat und jeden Betrieb. Sie erfordert zugleich, überall die territoriale Verantwortung voll wahrzunehmen.

Die stabile Entwicklung der Dienstleistungen und Reparaturen für die Bevölkerung wurde fortgesetzt. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr beträgt über 4 Prozent. Damit konnten die gewachsenen Bedürfnisse der Bevölkerung besser befriedigt werden. Durch weiteren Ausbau der Kapazitäten, Aufnahme neuer Leistungsarten und zügige Vervollkommnung der Kundendienste in den volkseigenen Dienstleistungsbetrieben sowie im genossenschaftlichen und privaten Handwerk ist den steigenden Anforderungen der Bevölkerung immer besser zu entsprechen.

Eingeschlossen in unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik ist die konsequente Anwendung des sozialistischen Leistungsprinzips. Im engen Zusammenwirken mit dem FDGB wurden in diesem Jahr für weitere mehr als 600 000 Werktätige Produktivlöhne wirksam. Damit setzt unsere Partei den bewährten Weg fort, das materielle Interesse des einzelnen auf eine hohe Produktivität und Effektivität der Arbeit zu richten.

Untrennbar verbunden mit der weitreichenden Förderung der Familien, der Fürsorge für Mutter und Kind sowie der Unterstützung kinderreicher Familien und junger Ehen wurde im vergangenen Monat mit der bedeutenden Erhöhung des staatlichen Kindergeldes eine erneute großartige Maßnahme zur Verbesserung des Lebensniveaus verwirklicht. Damit verringert sich der Abstand in den Pro-Kopf-Einkommen der Haushalte mit Kindern spürbar. Für die Erhöhung des Kindergeldes werden jährlich über 2 Milliarden Mark aufgewandt.

Überall in unserem Lande wurde mit großer Freude der Vorschlag des 11. FDGB-Kongresses aufgenommen, ab 1988 den Jahresurlaub für die werktätigen Frauen ab 55. Lebensjahr und die werktätigen Männer ab 60. Lebensjahr um eine Woche zu verlängern. Das gilt ebenso für die weitere wesentliche Rentenerhöhung im 40. Jahr des Bestehens unserer Deutschen Demokratischen Republik. Mehr als 3 Millionen Rentner werden daran Anteil haben. Die Größe dieser bedeutenden Maßnahme wird allein schon daran deutlich, daß dafür künftig eine Summe von 2,3 Milliarden Mark jährlich zusätzlich aus dem Staatshaushalt bereitgestellt wird. Inzwischen sind die zuständigen staatlichen Organe beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem FDGB die erforderlichen rechtlichen Regelungen auszuarbeiten.

Zur Erhöhung der ökonomischen Wirksamkeit von Wissenschaft und Technik für das dynamische Leistungswachstum der Volkswirtschaft

Genossen!

Einen bedeutenden Platz in der Arbeit des Politbüros nahm in Durchführung der ökonomischen Strategie mit dem Blick auf das Jahr 2000 die grundlegende Aufgabe ein, die Vorzüge des Sozialismus noch wirksamer mit den Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution zu verbinden. Es wurden Festlegungen getroffen, die Schlüsseltechnologien beschleunigt zu entwickeln und anzuwenden, den Kampf um internationale Spitzenpositionen weiter erfolgreich zu führen, um so mit der Dynamik der Entwicklung der Produktivkräfte Schritt zu halten.

Bedeutende Ergebnisse ermöglichten einen zunehmend größeren Beitrag von Wissenschaft und Technik zur Stärkung der volkswirtschaftlichen Leistungskraft und zum weiteren Ausbau der Positionen unseres Landes im internationalen Spitzenfeld. Solche Neuentwicklungen wie das universelle Programmier- und Entwicklungssystem P 8000 zur Schaffung hochleistungsfähiger Software für Mikroprozessoren, ein mikroelektronisch gesteuertes Fertigungszentrum zur automatisierten Bearbeitung prismatischer Teile oder der neue Schleifautomat zur flexiblen Fertigung hochgenauer Wälzlagerringe fanden auf der Leipziger Frühjahrsmesse das besondere Interesse ausländischer Kunden und ermöglichen hohe Valutaerlöse.

Eindrucksvoll demonstriert die im vergangenen Monat durch Genossen Erich Honecker in der Berliner Werner-Seelenbinder-Halle eröffnete Ausstellung »Wissenschaft und Produktion der DDR im Dienste des Volkes«, wie die modernen Schlüsseltechnologien beschleunigt entwickelt und mit hohen ökonomischen Ergebnissen genutzt werden. In dieser attraktiven Leistungsschau verdeutlichen rund 1300 repräsentative Erzeugnisse, besonders Spitzenleistungen der Mikroelektronik und der flexiblen Automatisierung, das Voranschreiten von Wissenschaft und Technik.

Das Politbüro kann dem Zentralkomitee berichten, daß seit Beginn dieses Jahres beachtliche Ergebnisse bei der Durchführung der Pläne Wissenschaft und Technik erreicht wurden. So sind bis Ende Mai 2281 Forschungs- und Entwicklungsergebnisse aus dem Staatsplan Wissenschaft und Technik sowie aus den Plänen der Kombinate in die Produktion eingeführt worden. Allein dadurch kann im Verlaufe des Planjahres 1987

eine Produktion im Umfang von 13,4 Milliarden Mark mit höherem wissenschaftlich-technischem Niveau und mit größerer Effektivität erbracht werden.

Zielstrebig wird daran gearbeitet, mit steigender Arbeitsproduktivität mehr Qualitätsprodukte herzustellen, neue Erzeugnisse schneller in die Produktion zu überführen, Spitzenleistungen rasch zu realisieren und dabei gute wirtschaftliche Ergebnisse zu erzielen. Ganz in diesem Sinne handeln Kombinate, die den eigenen Rationalisierungsmittelbau in Leistungsfähigkeit und Umfang systematisch stärken. Es geht darum, ihn in Übereinstimmung mit den Erfordernissen des Erneuerungsprozesses zielgerichtet zum Zentrum modernster Technologien und zum Hauptträger der materiell-technischen Voraussetzungen für die rasche Überleitung neuer Erzeugnisse und Verfahren zu entwickeln.

Das Politbüro hat im Berichtszeitraum Festlegungen zur Sicherung einer hohen Qualität der Produktion getroffen. Hohe Qualität und Arbeitsproduktivität, verbunden mit sinkenden Kosten, sind und bleiben entscheidende Kriterien für den Nutzeffekt der wissenschaftlich-technischen Arbeit. Hervorzuheben sind vor allem die Kombinate Mikroelektronik, Schiffbau, Polygraph, Haushaltgeräte und Kali, die bisher bei der Produktion mit dem Gütezeichen »Q« die Planziele 1987 beträchtlich überboten haben.

Die staatlichen Leiter und Parteiorganisationen sollten stets davon ausgehen, daß sich international die Qualitätsanforderungen dynamisch erhöhen und gerade in dieser für unsere ökonomische Strategie so bedeutsamen Frage keinerlei Stillstand oder Zurückbleiben geduldet werden darf. Hervorragende Bedeutung messen wir dabei der immer breiter werdenden Initiative zur fehlerfreien Produktion bei. Bereits heute führen über 15 000 Kollektive in etwa 900 Betrieben mit großer Tatkraft auf demokratische Weise den Kampf um fehlerlose Produktion.

Für hohe ökonomische Ergebnisse durch Wissenschaft und Technik gilt es, die Weiterbildung der Werktätigen als eine der Ausbildung gleichrangige Säule zu entwickeln. Es geht darum, die Werktätigen stets rechtzeitig zu befähigen, die neuen Arbeitsinhalte, Methoden und Bedingungen zu beherrschen, die sich aus der Anwendung der Schlüsseltechnologien ergeben. Durch konsequente Einhaltung der zur Aufnahme von Schulabgängern in die Berufsausbildung getroffenen Bilanzentscheide ist zu sichern, daß die Betriebe, Genossenschaften und Einrichtungen den nach Berufen geplanten Facharbeiternachwuchs ausbilden. Der Ausbau des

Netzes von Computerkabinetten für die Berufsausbildung wird schrittweise weitergeführt.

Genossen!

Große Aufmerksamkeit widmete das Politbüro der planmäßigen Durchführung und Fertigstellung der Investitionen zur Stärkung der materiell-technischen Basis unserer Volkswirtschaft. Bis Ende Mai sind in den Bereichen der Industrie, des Bauwesens, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens sowie des Umweltschutzes und der Wasserwirtschaft Investitionen im Umfang von 15,1 Milliarden Mark realisiert worden.

Getroffene Maßnahmen zur Sicherung eines hohen Leistungs- und Effektivitätszuwachses aus jeder investierten Mark

Verstärkt gilt es, für den Einsatz der Investitionen effektivste Lösungen auszuarbeiten und durchzusetzen, mit denen durch die Modernisierung und Rationalisierung vorhandener Kapazitäten schnell ein hoher volkswirtschaftlicher Nutzen erzielt wird. Die breite Anwendung und der effektive Einsatz der Schlüsseltechnologien zur Erhöhung des technischen und technologischen Niveaus des Produktionsprozesses sowie die rasche Einführung neuer wissenschaftlich-technischer Ergebnisse sind dabei untrennbare Bestandteile eines solchen Herangehens an die Reproduktion der Grundfonds.

Weiter kommt es darauf an, die neuen Kapazitäten termingerecht in Betrieb zu nehmen und einen klug organisierten Kampf um ihre vorfristige Produktionsaufnahme zu führen. Zu einer effektiven Investitionstätigkeit gehört, daß die im Plan festgelegten technisch-ökonomischen Parameter für Leistung und Effektivität schnell erreicht und überboten werden. Die Lösung dieser Aufgabe erfordert, die Leitung, Planung und Bilanzierung der Investitionen einschließlich ihrer ökonomischen Ergebnisse weiter zu qualifizieren.

Genossen!

Das Politbüro hat Aufgaben zur Entwicklung des Landmaschinenbaus bis 1990 und darüber hinaus beschlossen. Sie sind darauf gerichtet, den Landmaschinenbau so zu entwickeln, daß hohe Zuwachsraten in der Leistungsentwicklung realisiert und moderne Technik für die Landwirtschaft der DDR und den Export bereitgestellt werden. Dazu gilt es, bei den Ma-

schinensystemen für die Bodenbearbeitung, die Halmfutter- und Getreideproduktion sowie bei der Transporttechnik bedeutende Fortschritte im Leistungsniveau der Erzeugnisse sowie in der Material- und Energieökonomie zu erreichen.

Weiter wird die Aufgabe gestellt, entsprechend den Maßstäben des XI. Parteitages die Modernisierung der vorhandenen Technik der Landwirtschaft in Verbindung mit der Bereitstellung neuer Maschinen und Anlagen als einen Schwerpunkt der Grundfondsreproduktion und der umfassenden Intensivierung zu organisieren. Das erfordert, alle Möglichkeiten zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit, der Arbeitsqualität und der Nutzungsdauer bei der vorhandenen Technik durch den Einbau von Einzelteilen und Baugruppen nach neuestem wissenschaftlich-technischem Stand zu nutzen. Dazu gilt es, in der Landwirtschaft die notwendigen Kapazitäten zu profilieren und durch den Landmaschinenbau Baugruppen, Umrüstsätze und Einzelteile bereitzustellen.

Festlegungen zur stabilen Energie- und Brennstoffversorgung in Auswertung der extremen Winterbedingungen

Genossen!

Das Politbüro hat prinzipielle Schlußfolgerungen und Lehren aus dem Winter gezogen.

Die Minister und Vorsitzenden der Räte der Bezirke wurden beauftragt, in ihren Verantwortungsbereichen alle erforderlichen Maßnahmen für eine stabile Produktion und Versorgung auch unter extremen Witterungsbedingungen zu treffen und dazu ihre eigenen Möglichkeiten verstärkt zu nutzen.

In der Kohle- und Energiewirtschaft steht an erster Stelle, schrittweise Voraussetzungen zu schaffen, die eine störungsfreie Versorgung auch bei längeren Kälteperioden gewährleisten. In den Braunkohlebetrieben sind dazu alle erkannten Störquellen entsprechend dem Beschluß des Politbüros abzubauen. Auch künftig bleibt die ausreichende Bevorratung der Verbraucher mit festen Brennstoffen eine grundlegende Bedingung für die stabile Winterversorgung.

Große Leistungen sind in den Kraftwerken zu vollbringen, um das beschlossene Reparatur- und Rekonstruktionsprogramm mit hoher technolo-

gischer Disziplin und Qualität zu erfüllen. Alle Einrichtungen zur Bekohlung der Kraftwerksbunker sind so vorzubereiten, daß sie auch bei extremen Temperaturen störungsfrei arbeiten. Zur stabilen Elektroenergieversorgung unseres Landes gilt es, die neuen Erzeugerkapazitäten, insbesondere im Braunkohlengroßkraftwerk Jänschwalde und im Kernkraftwerk »Bruno Leuschner«, sowie die Gasturbinenkraftwerke Thyrow und Zschornewitz termingerecht in Betrieb zu nehmen. Das betrifft auch den vollständigen Wiederaufbau der Anlagen im Kraftwerk Boxberg. Zu sichern ist die störungsfreie Wärmeversorgung der Bevölkerung, des kommunalen Bereiches, der Industrie und der Landwirtschaft.

In Durchführung des vom Politbüro beschlossenen Programms der rationellen Anwendung der Energie als der entscheidenden Quelle für die Deckung des wachsenden Energiebedarfs kommt es jetzt darauf an, in allen Bereichen der Volkswirtschaft Energieeinsparung zu organisieren. Zu einem wirkungsvollen Instrument der Leitungstätigkeit auf diesem Gebiet ist bei der Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1988 der einheitliche Energieplan in jedem Kombinat und Betrieb zu entwickeln. Damit ist der kompromißlose Kampf gegen jegliche Energieverschwendung zu verbinden. Nach dem Motto der Zeiss-Werker »Volle Produktion mit weniger Energie«, das ein breites Echo gefunden hat, gilt es, in allen Kombinaten einen noch größeren Beitrag zur Einsparung von Elektroenergie, Gasen und anderen Energieträgern zu leisten.

Zur weiteren Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration

Genossen!

Ständige Aufmerksamkeit widmete das Politbüro der weiteren Vertiefung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit der UdSSR. Wir können feststellen, daß im Ergebnis der zwischen Genossen Erich Honecker und Michail Gorbatschow getroffenen Vereinbarungen ein neuer Abschnitt unserer Zusammenarbeit eingeleitet wurde, der den Erfordernissen der umfassenden Intensivierung der Produktion entspricht.

Tiefe und Ausmaß der Verflechtung unserer Volkswirtschaften sind einmalig in der Welt. Ausdruck dafür sind die 170 Regierungs- und Ministerabkommen und die 33 Zweigprogramme der Zusammenarbeit, an deren

Verwirklichung zielstrebig gearbeitet wird. Große Zukunftsvorhaben wurden gemeinsam in Angriff genommen, wie sie im »Langfristigen Programm der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR auf dem Gebiet von Wissenschaft, Technik und Produktion für den Zeitraum bis zum Jahr 2000« enthalten sind.

Bei der Entwicklung von Direktbeziehungen zwischen Betrieben und Kombinaten der DDR mit ihren Partnern in der UdSSR wurden im Rahmen des dazu im November 1986 unterzeichneten Regierungsabkommens annähernd 100 Vereinbarungen abgeschlossen. Sie sind darauf gerichtet, zur Erhöhung des Nationaleinkommens in beiden Ländern beizutragen und die in den Abkommen und Verträgen vereinbarten Aufgaben auf effektive Weise zu lösen. Die Direktbeziehungen sind ein fester Bestandteil unserer sozialistischen Planwirtschaft. Maßstab ist das Weltniveau in Wissenschaft, Technik und Ökonomie. Diesem Ziel dient auch die strikte Anwendung der bewährten Preisbildungsgrundsätze des RGW, die auf progressive technische und ökonomische Parameter orientieren.

Im Berichtszeitraum wurde auf der Grundlage der unterzeichneten Abkommen über die Bildung gemeinsamer Kollektive von Spezialisten beider Länder sowie über die Gründung gemeinsamer Betriebe zielstrebig daran gearbeitet, ein hohes Niveau in der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zu erreichen. Das Politbüro hat Festlegungen getroffen, um diese neuen Formen der ökonomischen Zusammenarbeit voll für die Lösung der Aufgaben bei der umfassenden Intensivierung der Produktion sowie der Entwicklung und Anwendung von Spitzentechnologien zu nutzen.

Das Politbüro behandelte den Stand der Verwirklichung der sich aus dem Komplexprogramm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der Mitgliedsländer des RGW ergebenden Aufgaben. Es konnte festgestellt werden, daß die Forschungseinrichtungen der DDR einen beachtlichen Beitrag zur gemeinsamen Lösung der vereinbarten Aufgaben bei der Entwicklung und Anwendung wichtiger Schlüsseltechnologien in allen Bereichen der Volkswirtschaft leisten. Gleichzeitig wurde darauf orientiert, die erreichten Ergebnisse in kürzester Zeit mit hoher Effektivität in die Produktion überzuleiten.

Im Interesse einer anhaltend dynamischen, kontinuierlichen und effektiven Entwicklung unserer Volkswirtschaft widmete das Politbüro den Außenhandelsbeziehungen große Aufmerksamkeit.

Die Leipziger Frühjahrsmesse 1987 widerspiegelte nachhaltig die weltweit anerkannte Position der DDR als gesellschaftlich stabiler und ökono-

misch dynamischer Faktor, der die friedliche Zusammenarbeit der Staaten aktiv fördert. Die während des traditionellen Messerundgangs des Genossen Erich Honecker und weiterer Mitglieder der Partei- und Staatsführung geführten Gespräche mit führenden Repräsentanten aus 34 Ländern verdeutlichen das grundlegende Interesse der DDR an der dynamischen, störungsfreien Entwicklung des Welthandels unter Bedingungen friedlicher, von Vernunft und Realismus geprägter zwischenstaatlicher Beziehungen.

Kampf um die erzeugniskonkrete Übererfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1987 und Ausarbeitung eines anspruchsvollen Planes 1988 als einheitlichen Prozeß leiten

Genossen!

Geprägt von der offensiven, vorwärtsdrängenden Position der erfolgreichen Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED, wird seit Anfang Mai eine umfassende Diskussion zur Ausarbeitung des Volkswirtschafts- und Staatshaushaltsplanes 1988 geführt. Nach dem bewährten Grundsatz »Arbeite mit, plane mit, regiere mit!« ist sie überall darauf gerichtet, durch eigene hohe Leistungen wirksam zum Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik beizutragen. Dabei verbinden die Arbeiter, die Genossenschaftsbauern, die Intelligenz und die anderen Werktätigen ihre konstruktiven Überlegungen und Vorschläge für das kommende Planjahr eng mit der bewußten Tat im Kampf um die erzeugniskonkrete Übererfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1987.

Im Sinne der Gemeinsamen Direktive des Politbüros des Zentralkomitees der SED, des Ministerrates der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB zur Plandiskussion orientiert das Zentralkomitee von der heutigen Tagung die Bezirks- und Kreisleitungen der SED, die Parteiorganisationen sowie die Leiter in Staat und Wirtschaft darauf, überall durch eine qualifizierte Leitungstätigkeit dafür zu sorgen, daß jeder sein Bestes für die Stärkung der DDR leisten kann.

Sie tragen, ausgehend von einer klaren Aufgabenstellung und einer guten Organisation der Arbeit, die Verantwortung dafür, daß alle Vorschläge und Hinweise der Werktätigen sowie die in den gewerkschaftlichen Stellungnahmen und Vorschlägen der FDJ unterbreiteten Empfehlungen ge-

nau beachtet und für die gezielte Übererfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1987 wie auch für die Sicherung und Überbietung der staatlichen Aufgaben 1988 genutzt werden.

Zur weiteren Verwirklichung der ökonomischen Strategie der SED hat das Politbüro den Beschluß gefaßt, in Realisierung der Zielsetzungen des XI. Parteitages und entsprechend den richtungweisenden Orientierungen des Genossen Erich Honecker mit der Ausarbeitung eines volkswirtschaftlich bilanzierten Ansatzes des Fünfjahrplanes 1991 bis 1995 zu beginnen. Eine solche zu bestätigende volkswirtschaftliche Grundlinie gewährleistet, rechtzeitig und fundiert die Konzeptionen der Minister für ihre Bereiche und der Bezirke durch die Staatliche Plankommission zu bearbeiten und erforderliche Entscheidungen zu einzelnen Objekten und Vorhaben entsprechend den Grundproportionen des Aufkommens und der Verwendung des Nationaleinkommens vorzubereiten.

Vervollkommnung der Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung durch umfassendere Anwendung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel

Die Ausarbeitung und Diskussion der Planziele für 1988 muß den neuen Maßstäben Rechnung tragen, die sich aus der erhöhten Eigenverantwortung der Kombinate und Betriebe für die intensiv erweiterte Reproduktion durch die Verwirklichung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel ergeben. Mit der begonnenen Anwendung dieses Prinzips in den volkseigenen Kombinaten und Betrieben der Industrie und des Bauwesens bei der Ausarbeitung des Planes 1988 entscheiden sie eigenverantwortlich über einen bedeutenden Teil von Investitionen und haben zugleich die dafür erforderlichen Mittel zu erwirtschaften. Was im Kombinat für die Erhöhung der Leistungen an Mitteln eingesetzt wird, muß mit höchstem Effekt zu Buche schlagen.

Das Wesen dieser Maßnahmen besteht darin, entsprechend dem demokratischen Zentralismus die zentrale staatliche Leitung und Planung zu stärken und zugleich die volkswirtschaftliche Eigenverantwortung der Kombinate zu erhöhen. Das setzt neue Maßstäbe für vorausschauende Entscheidungen der Leiter in Staat und Wirtschaft. Es geht um hohe Ar-

beitsproduktivität, Effektivität und Qualität, wofür bereits heute Grundlagen für die kommenden Jahre zu schaffen sind. Das Politbüro hat entsprechende Schritte zur umfassenden Anwendung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel für 17 Kombinate der Industrie beschlossen.

Zuverlässig und in hoher Qualität die Versorgung der Bevölkerung sichern

Genossen!

Das Politbüro und das Sekretariat des ZK beschäftigten sich regelmäßig mit den Aufgaben zur Gewährleistung einer stabilen Versorgung der Bevölkerung. In den ersten 5 Monaten des Jahres 1987 wurde mit Waren des täglichen Bedarfs zuverlässig versorgt. Zugleich konnte das Angebot an Industriewaren, insbesondere bei einer beträchtlichen Anzahl gefragter Konsumgüter, weiter verbessert werden. Die Schlüsselfrage einer guten Versorgung ist und bleibt, daß jeder konsumgüterproduzierende Betrieb Tag für Tag vollständig und diszipliniert seine Planaufgaben und die abgeschlossenen Verträge termin- und sortimentsgerecht erfüllt.

Ein wichtiges Anliegen der zuständigen staatlichen Organe muß es sein, die Kooperation von Industrie und Landwirtschaft mit dem Handel so zu gestalten, daß die ganze Kette von der Produktion bis zum Ladentisch noch effektiver und vor allem flexibler organisiert wird. Wir unterstützen den eingeschlagenen Weg der direkten, unmittelbaren Zusammenarbeit großer Kombinate der Konsumgüterindustrie mit Verkaufsabteilungen der Warenhäuser und mit anderen Großobjekten des Handels im Interesse eines bedarfsgerechten Angebotes und hoher volkswirtschaftlicher Effektivität.

Wir erwarten, daß das Spektrum der örtlichen Möglichkeiten, insbesondere der unmittelbaren Beziehungen ortsansässiger Konsumgüterbetriebe und Handelseinrichtungen, noch zügiger ausgebaut wird, um die dort produzierten Waren auf direktem Wege, ohne weitere Umschlagsstufen, in die Geschäfte zu bringen. Das nutzt dem Kunden und ist auch für die Produzenten und den Handel von Vorteil. Das Sekretariat des Zentralkomitees hat entsprechend den Erfahrungen der Kreisleitung Torgau alle Kreise darauf orientiert, daß besonders mit Frischwaren zunehmend aus eigenem Aufkommen versorgt wird, die Produktion und Verarbeitung

in Verbrauchernähe erfolgt und die direkten Warenwege konsequent durchgesetzt werden.

Jetzt kommt es darauf an, die politisch-ideologische, wirtschaftliche und organisatorische Arbeit der zentralen staatlichen Organe und örtlichen Räte auf die unmittelbare Vorbereitung und Durchführung der Saisonversorgung zu richten. Vor allem ist eine zuverlässige Versorgung in den Urlauberzentren und den Kinderferienlagern zu gewährleisten.

Auf der Grundlage des Planes, durch hohe Vertragstreue und einen rationellen Umschlag ist überall die Stabilität und Zuverlässigkeit im Warenangebot bis Ladenschluß zu sichern. Die strikte Einhaltung der festgelegten Öffnungszeiten, gut abgestimmte Urlaubspläne zwischen den örtlichen Handelseinrichtungen, die Sicherung der erforderlichen Arbeitskräfte, eine kundenfreundliche Atmosphäre in den Geschäften und ordentliche Arbeitsbedingungen für die Handelsmitarbeiter sind entscheidende Kettenglieder, um die hohen Anforderungen erfolgreich zu bewältigen.

Unsere bewährte Politik der breiten Entfaltung aller Kräfte und Initiativen zum Nutzen unserer Bürger schließt die Entwicklung des privaten Handels und Gaststättengewerbes ein. Gegenwärtig leisten die 14 400 Privathändler und 11 000 privaten Gastwirte einen bedeutenden Beitrag zur guten, bedarfsgerechten, vielseitigen Versorgung und Betreuung unserer Bürger. Sie sind aus dem Bild unserer Städte und Gemeinden, von den Märkten und Einkaufszentren nicht wegzudenken. Wir können feststellen, daß auf der Grundlage der beschlossenen Förderungsmaßnahmen durch die zuständigen örtlichen Staatsorgane vielerorts der Entwicklung des privaten Handels und des privaten Handwerks zunehmende Bedeutung geschenkt wird und in größerem Umfang als in den vergangenen Jahren Gewerbegenehmigungen erteilt werden. Auch künftig sollten die örtlichen Räte im Interesse der Erschließung aller territorialen Reserven solche Initiativen vorbehaltlos fördern und unterstützen.

Weitere stabile und dynamische Entwicklung der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft

Genossinnen und Genossen!

Der XIII. Bauernkongreß der DDR in Schwerin, mit dessen Vorbereitung sich das Politbüro mehrfach beschäftigte, war ein bedeutendes ge-

sellschaftliches Ereignis. Er hat auf lange Sicht die Wege zur weiteren Durchführung der Beschlüsse des XI. Parteitages in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft bestimmt. Von dem mit großer Zustimmung aufgenommenen Schlußwort des Genossen Erich Honecker gehen eine klare Orientierung auf die kontinuierliche Durchführung der Agrar- und Bündnispolitik der Partei und starke Impulse für den Kampf um hohe Erträge auf den Feldern und steigende Leistungen in den Ställen aus.

Noch nie gab es unter den Genossenschaftsbauern und Arbeitern der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft ein solches Engagement für die Stärkung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht und die Erhaltung des Friedens wie gegenwärtig. Das wirkt als starkes Motiv für gute Arbeit zur intensiveren Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und fortgeschrittener Erfahrungen. Das Jahr 1987 soll als Jahr der höchsten Leistungen gestaltet werden. Das Zentralkomitee erwartet von den Parteiorganisationen, daß sie alle darauf gerichteten Initiativen gewissenhaft fördern, mit Nachdruck um die Verwirklichung der Wettbewerbsverpflichtungen kämpfen, sie exakt abrechnen und hohe Leistungen der Menschen würdigen.

Die Jahreshauptversammlungen und Rechenschaftslegungen in den Genossenschaften und Betrieben sowie die Kreisbauernkonferenzen verliehen dem XIII. Bauernkongreß eine breite demokratische Legitimation. Diese Beratungen waren von einer schöpferischen Diskussion über die besten Methoden zur Steigerung von Produktion und Effektivität getragen. Wesentliche Grundlage dafür war der zur öffentlichen Diskussion gestellte Beschlußentwurf des Kongresses. Die Aussprachen mündeten in abrechenbare Beschlüsse zur Erfüllung und gezielten Übererfüllung des Volkswirtschaftsplanes.

Die kämpferische Position der Genossenschaftsbauern und Arbeiter im sozialistischen Wettbewerb, ihre politische Aufgeschlossenheit und ihr optimistisches Herangehen an die Aufgaben wurden wesentlich von unseren Parteiwahlen, von den Wahlen zu den Orts- und Kreisvorständen der VdgB und den in Vorbereitung auf den 11. FDGB-Kongreß durchgeführten Wahlen in der Gewerkschaft Land, Nahrungsgüter und Forst beeinflußt.

In Vorbereitung des XIII. Bauernkongresses hat die Mehrzahl der Kooperationsräte der LPG und VEG für ihr Territorium langfristige Entwicklungskonzeptionen beraten und beschlossen. Die Räte für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft legten den Kreisbauernkonferenzen Entwicklungskonzeptionen für die Kreise vor. Den 13 267 neugewählten Mit-

gliedern dieser Räte sind nunmehr eine höhere Verantwortung und größere Befugnisse bei der Leitung der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft übertragen worden.

Diese perspektivische Arbeit zeugt von Klarheit und Sicherheit über die Zukunft in unseren Dörfern. Die Genossenschaftsbauern und Arbeiter der Landwirtschaft fühlen sich als freie und selbstbewußte Hausherren in ihren Genossenschaften und Betrieben. Sie sind nach erfolgreicher 35jähriger Entwicklung der Genossenschaften fest mit den sozialistischen Produktionsverhältnissen verbunden und aktive Mitgestalter der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.

Das alles verdeutlicht die wachsenden Potenzen des genossenschaftlichen Eigentums, dem die Partei stets eine weitreichende Perspektive im Zusammenwirken mit dem Volkseigentum gegeben hat. Auch darin widerspiegeln sich die politische, ökonomische und organisatorische Stabilität der überwiegenden Mehrzahl der LPG und VEG der Pflanzen- und Tierproduktion und die weitgehend gefestigten kooperativen Beziehungen.

Das kommt vor allem auch in der positiven Bilanz der Planerfüllung zum Ausdruck. 1986 wurde der geplante Bruttoumsatz der Pflanzenproduktion um 3,3 Prozent überboten und ein Gesamtertrag von 49,4 Dezitonnen Getreideeinheiten je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche erreicht. Die Pläne des staatlichen Aufkommens tierischer Erzeugnisse wurden 1986 und in den ersten fünf Monaten 1987 in allen Positionen erfüllt und gezielt überboten. Bis Ende Mai wurde ein Planplus bei Schlachtvieh von 27 700 Tonnen, bei Milch von 162 600 Tonnen und bei Eiern von 50,5 Millionen Stück erreicht. Bei Gemüse sind die durch den extremen Winter eingetretenen Planrückstände aus dem I. Quartal aufgeholt worden. Im April und Mai wurde das staatliche Aufkommen erfüllt und bei einigen wichtigen Arten überboten.

Bemerkenswerte Resultate bewußter Verwirklichung der ökonomischen Strategie sind ein wachsendes Aufkommen pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse bei steigender Arbeitsproduktivität und sinkendem spezifischen Produktionsverbrauch. Die Erhöhung der Milch-, Schlachtvieh- und Eierproduktion wurde 1986 erstmals mit planmäßig stabilen Beständen allein über die Steigerung der Leistung je Tier erreicht. Dieser Leistungszuwachs betrug – gemessen am Eigenprodukt – im Vorjahr 3,4 Prozent. Diese Ergebnisse basieren auf einer verbesserten Futterbereitstellung und dem leistungsbezogenen Einsatz der Futtermittel. Die da-

durch abgerechnete Verbesserung der Futterverwertung um 2,1 Prozent ist von beachtlichem volkswirtschaftlichen Gewicht.

Die Ertrags-, Leistungs- und Effektivitätssteigerung in der sozialistischen Landwirtschaft bewirkte eine positive Entwicklung der finanziellen Ergebnisse. Der geplante Gewinn der LPG, VEG und anderen sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe wurde um 14,4 Prozent überboten. Es wurden 15,7 Prozent mehr Abgaben abgeführt, als der Staatshaushaltsplan vorsah.

Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik erweist sich für diese Leistungen als entscheidende Triebkraft, denn auch auf dem Lande verbessern sich die Arbeits- und Lebensbedingungen, und das Einkommen wächst. Zugleich übte die im Leben immer umfassender verwirklichte Orientierung der Partei, schöne und produktive Dörfer mit tatkräftiger Hilfe der LPG und VEG zu gestalten, einen starken Einfluß auf die landwirtschaftliche Produktionsentwicklung aus.

Das Politbüro bestätigte das langfristige Programm der Forschung und Entwicklung für die Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft bis zum Jahr 2000. Die weitgesteckte Forschungsstrategie ist auf entscheidende Schwerpunkte der Grundlagen- und angewandten Forschung unter besonderer Beachtung der Schlüsseltechnologien gerichtet. Sie zielt vorrangig auf wissenschaftliche Spitzenleistungen, die das Ertrags-, Leistungs- und Effektivitätswachstum besonders stark fördern. Es wird ein komplexes Herangehen gesichert und vom engen Zusammenwirken der Kapazitäten der Agrarforschung mit den Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften der DDR, den Hoch- und Fachschulen, den Industriekombinaten sowie den LPG, VEG und ihren Kooperationen ausgegangen.

Die neue Qualität in der Verknüpfung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen des Sozialismus wird zunehmend auf vertraglicher Grundlage und nach den Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung organisiert. 40 Prozent der Vorhaben werden gemeinsam mit der UdSSR und anderen Mitgliedsländern des RGW in Angriff genommen. Zwei Drittel aller Aufgaben sollen wissenschaftliche Spitzenleistungen werden, die einen beachtlichen Produktivitäts- und Effektivitätszuwachs bringen. Dazu wurden bisher 46 Koordinierungs- und 318 Leistungsverträge im Inland und 83 Vereinbarungen bzw. Verträge mit Partnern in RGW-Mitgliedsländern abgeschlossen.

Die Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für ein weiteres Leistungs- und Effektivitätswachstum umfassend zu nutzen, bestimmt zunehmend die Initiativen und das Schöpfertum der Genossenschaftsbauern und Arbeiter. Noch auf keinem Bauernkongreß haben Wis-

senschaft und Technik eine so bedeutende Rolle gespielt wie in Schwerin. Noch zu keiner Zeit haben die Bauern mit den Wissenschaftlern so eng Hand in Hand zusammengearbeitet und durch gemeinsames Handeln die Produktivität gesteigert. Zugleich verfügen wir damit über entscheidende Voraussetzungen, um die ungerechtfertigte Differenziertheit im Ertrags- und Leistungsniveau zu überwinden.

Die Bezirks- und Kreisleitungen sollten langjährig unzureichendes Vorankommen einzelner Genossenschaften, zwischenbetrieblicher Einrichtungen und Betriebe zum Anlaß nehmen, generelle Veränderungen mit der Kraft der Kooperationen und der RLN herbeizuführen. Entsprechende Programme sind in Auswertung des Bauernkongresses zu erarbeiten und zu verwirklichen.

Mit unseren LPG, VEG und ihren Kooperationen sowie dem hohen Bildungsniveau der Genossenschaftsbauern und Arbeiter verfügen wir über gesellschaftliche Bedingungen, die eine schnellere Überleitung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse gestatten. Mit Vorrang ist weiterhin der erforderliche Bildungsvorlauf für die Ausnutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, vor allem für die Schlüsseltechnologien, zu schaffen und ständig auszubauen. Wir schätzen dabei die Aktivitäten der Agrarwissenschaftlichen Gesellschaft der DDR. Das Sekretariat des Zentralkomitees hat die aktive Mitarbeit der Mitglieder dieser Gesellschaft gewürdigt und die Orientierung für ihre Arbeit zusammen mit der Direktive zur Durchführung der Wahlen bestätigt. Die Bezirks- und Kreisleitungen der Partei wurden beauftragt, dazu eine entsprechende politische und organisatorische Unterstützung zu geben.

Entsprechend dem Beschluß des Sekretariats des ZK zur Frühjahrsbestellung haben die Genossenschaftsbauern und Arbeiter die Feldarbeiten in hohem Tempo und guter Qualität ausgeführt und die witterungsbedingten Rückstände aufgeholt. Es sind jedoch eine Reihe Frost- und Wasserschäden aufgetreten. Alles in allem können wir feststellen, daß leistungsfähige Bestände herangewachsen sind. Sie zu Höchsterträgen zu führen verlangt weiterhin eine sorgsame, auf wissenschaftlichen Grundlagen beruhende Arbeit von jedem Beschäftigten in der Pflanzenproduktion und ihren Kooperationspartnern.

Der Beschluß des Sekretariats des ZK der SED über Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung der Getreide- und Hackfruchternte sowie der Herbstarbeiten 1987 orientiert darauf, alle Aufgaben innerhalb der günstigsten agrotechnischen Zeitspannen, mit geringsten Verlusten und in hoher Qualität durchzuführen. Dabei gilt es, die gesamte Kette, an-

gefangen von der Ernte über den Transport, die Lagerung und Konservierung bis zur Verarbeitung, zu beherrschen und eine hohe Versorgungswirksamkeit mit den Ernteprodukten zu erreichen. Deshalb sollten die LPG, GPG, VEG und ihre kooperativen Einrichtungen eng mit allen anderen an der Ernte und Verarbeitung beteiligten Betrieben sowie mit den Räten der Städte und Gemeinden, mit allen gesellschaftlichen Kräften zusammenarbeiten. Die Initiativen der Freien Deutschen Jugend, vor allem in den Kreisjugendobjekten Getreideernte, sind umfassend zu unterstützen.

In der Tierproduktion ist auf eine planmäßige Entwicklung der Bestände, besonders bei Schweinen, zu achten. Auf intensive Weise sind mit gleichbleibenden Tierbeständen hohe Leistungen zu erreichen. Zunehmend ist dabei von wachsenden Qualitätsansprüchen auszugehen.

Das Politbüro bestätigte als rechtliche Grundlage für die Arbeit der bestehenden 13 Agrar-Industrie-Vereinigungen eine Mustersatzung. Mit ihr wird die weitere Ausgestaltung der kooperativen Beziehungen zwischen den LPG, VEG und anderen Mitgliedsbetrieben der AIV darauf orientiert, durch beispielhafte Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts Spitzenleistungen in Produktion und Effektivität zu erreichen.

Um unser wachsendes Rohstoffaufkommen noch besser und versorgungswirksamer zu veredeln, haben das Politbüro und der Ministerrat Beschlüsse über die Rationalisierung und Rekonstruktion von Schlacht- und Verarbeitungsbetrieben, Käsereien sowie Kühlkapazitäten gefaßt. Jetzt kommt es darauf an, in den Betrieben und Kombinaten der Nahrungsgüterwirtschaft sowie in den entsprechenden wissenschaftlichen Einrichtungen die eigenen Anstrengungen zur Rationalisierung und beim Rationalisierungsmittelbau wesentlich zu erhöhen.

Im Herbst beginnen die Wahlen im Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter. Diese große Massenorganisation mit über 1,4 Millionen Mitgliedern leistet einen wachsenden Beitrag für die Versorgung der Bevölkerung sowie für eine abwechslungsreiche Freizeitgestaltung. Es entspricht daher der politischen Verantwortung der Kreisleitungen, Ortsparteileitungen und Wohnparteiorganisationen, dem VKSK aktive Hilfe und Unterstützung zu geben.

Das Politbüro befaßt sich regelmäßig mit den Aufgaben zur Erhaltung und zum Schutz der Wälder. Aus der Berichterstattung im Januar ist unter anderem ersichtlich, daß 1986 die Planaufgaben der Aufforstung überboten wurden. In umweltbelasteten Waldgebieten wurden auf 3200 Hektar mit 18 Millionen rauchtoleranten Forstpflanzen neue Waldbestände ge-

gründet. Für die Aufforstungsmaßnahmen 1987 sind 350 Millionen Forstpflanzen bereitgestellt und bereits in den Wäldern ausgepflanzt worden. Rund 64 500 Hektar Kiefernwälder wurden erneut mit Stickstoff gedüngt. Zur Abwehr neuartiger Rauchschäden wurde ein Flüssigblattdünger entwickelt und mit Erfolg in der Praxis erprobt. Der Einsatz magnesiumhaltiger Kalke wird verstärkt. Die bewährten Maßnahmen zur Erhaltung und zum Schutz der Wälder führen wir auch weiterhin konsequent und im erweiterten Umfang fort.

Der Wettbewerb um hohe Leistungen, seine exakte Abrechnung sowie die Verallgemeinerung der Erfahrungen der Besten in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft ist jetzt damit zu verbinden, daß entsprechend den Beschlüssen des XIII. Bauernkongresses und der Direktive zur Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1988 die Betriebspläne für das kommende Jahr gewissenhaft vorbereitet werden. Für die Bezirks- und Kreisleitungen ergibt sich daraus die Verpflichtung, entsprechend dem Beschluß des Politbüros für eine gründliche Auswertung des XIII. Bauernkongresses in den Partei- und Arbeitskollektiven zu sorgen.

III. Sozialistische Staatsmacht, Bündnispolitik und geistig-kulturelles Leben

Genossinnen und Genossen!

Das Politbüro und das Sekretariat des Zentralkomitees haben auch in dieser Berichtsperiode der Stärkung der Staatsmacht und der weiteren Entwicklung der sozialistischen Demokratie in unserem Land große Bedeutung beigemessen.

Die breite demokratische Mitwirkung der Werktätigen an der Leitung der staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten in Stadt und Land hat uns bei der Erfüllung der Beschlüsse des XI. Parteitages gut vorangebracht.

Seit der Beratung des Zentralkomitees und des Ministerrates mit den Vorsitzenden der Räte der Kreise, den Oberbürgermeistern und den Stadtbezirksbürgermeistern im Oktober 1986 haben sich die Anleitung der örtlichen Staatsorgane sowie die Vermittlung bewährter Erfahrungen durch die zentralen Staatsorgane weiter verbessert.

Ressourcen der Territorien werden effektiver für die Volkswirtschaft und das Wohl der Bürger genutzt

Effektiver werden die Reserven der Territorien für das Leistungswachstum unserer Volkswirtschaft und damit für das Wohl der Bürger ausgeschöpft. Der Leistungsvergleich zwischen den Kreisen wird mit größerem Nutzen geführt. Dazu trugen auch die Bürgermeisterkonferenzen in 11 Bezirken bei.

Auf der Grundlage von Erfahrungen des Bezirkstages Cottbus sowie der Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen in den Kreisen Ludwigslust und Fürstenwalde bei der Verwirklichung des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen können wir feststellen, daß die Tätigkeit der örtlichen Volksvertretungen entschiedener auf die Durchsetzung unserer ökonomischen Strategie gerichtet ist. Das bestätigten auch die Berichterstattungen dieser Volksvertretungen vor dem Staatsrat der DDR.

Die Volksvertretungen und ihre Räte tragen wirksamer dazu bei, die allseitige Planerfüllung der örtlichgeleiteten Betriebe und der Genossenschaften zu gewährleisten und zugleich die territorialen Bedingungen für die Leistungsentwicklung der zentralgeleiteten Kombinate immer günstiger zu gestalten. Effektiver werden das gesellschaftliche Arbeitsvermögen genutzt, die Potenzen der Territorien für den Bau von Rationalisierungsmitteln ausgeschöpft und Energie sparsamer angewandt.

Vor dem Hintergrund dieser insgesamt erfolgreichen Entwicklung werden die noch vorhandenen Niveauunterschiede in den Leistungen der Territorien um so deutlicher. Das Politbüro bekräftigt die Notwendigkeit, mit den im September in allen Bezirken stattfindenden Leistungsvergleichen zwischen den Räten der Kreise größere Fortschritte bei der allseitigen Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben 1987 zu erreichen und auch mit der Ausarbeitung des Planes 1988 darauf hinzuarbeiten.

Die territoriale Rationalisierung erweist sich immer mehr als Hauptweg zur Erschließung örtlicher Reserven für die Leistungssteigerung in der materiellen Produktion und zugleich für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürger. Von Vorteil sind dabei Kommunalverträge, die langfristigen Charakter tragen und in Einheit mit den betrieblichen und örtlichen Jahresplänen realisiert werden. Es bewähren sich mit

hohem Nutzeffekt organisierte Kooperations- und Interessengemeinschaften sowie Wissenschafts-Produktionsgemeinschaften.

Aktuell bleibt die Orientierung für die Leistungssteigerung des kreisgeleiteten Bauwesens. Die in den Städten und Gemeinden beschlossenen Konzeptionen zur Lösung der Wohnungsfrage und die auf ihnen beruhenden Wohnraumvergabepläne sind mit den jährlichen Volkswirtschaftsplänen zu realisieren und abzurechnen. Der Wohnungsbestand ist durch den schnellen Bezug freiwerdender Wohnungen noch rationeller zu nutzen. Dazu ist es notwendig, den freiwilligen Wohnungstausch, die Mitwirkung von ehrenamtlichen Wohnungskommissionen aus Betrieben und Wohngebieten sowie die Tätigkeit von Wohnungstauschzentralen nachhaltiger zu fördern.

Vorrangiges Anliegen der Tätigkeit der Staatsorgane bleibt es, alle Aufgaben gemeinsam mit den Bürgern zu beraten und zu lösen. Das schließt ein, jeden Vorschlag und Hinweis, jede Kritik ernst zu nehmen und sie, ausgehend von den konkreten Lebensumständen der Menschen, gewissenhaft zu bearbeiten.

Im April nahm das Politbüro eine Information des Generalstaatsanwalts der DDR zur Entwicklung und Bekämpfung der Kriminalität im Jahre 1986 entgegen. Dieser Bericht zeigt, daß durch die gute politische Atmosphäre und die soziale Sicherheit in der DDR die Kriminalität weiter zurückgegangen ist. 1986 hatten wir die niedrigste Zahl an Straftaten in den vergangenen 25 Jahren. Besonders positiv ist die Tatsache, daß in den letzten Jahren die Straftaten Jugendlicher abgenommen haben. So zeigt sich, daß mit unserer auf das Wohl des Volkes gerichteten Politik untrennbar auch die Rechtssicherheit für die Bürger verbunden ist. Das darf jedoch niemanden selbstzufrieden machen. Es bleibt eine ständige Aufgabe, die guten Ergebnisse weiter auszubauen und unsere sozialistische Gesetzlichkeit, Ordnung und Sicherheit weiter zu festigen.

Für den Schutz des Friedens und des Sozialismus

Genossinnen und Genossen!

Die Nationale Volksarmee, die Grenztruppen der DDR und die Organe des Ministeriums des Innern und des Ministeriums für Staatssicherheit erfüllen ihren vom XI. Parteitag übertragenen Klassenauftrag mit hoher Einsatzbereitschaft.

Die sozialistische Militärdoktrin der Verteidigung stellt den Streitkräften die Aufgabe, die sozialistischen Errungenschaften in jedem einzelnen Lande und der sozialistischen Staatengemeinschaft vor jeglichem Aggressor zu schützen. Das verlangt eine hohe Gefechtsbereitschaft, um eine Überraschung durch den Aggressor nicht zuzulassen sowie in der Lage zu sein, dessen Ziele unter allen Bedingungen zu vereiteln und ihn durch aktives und entschlossenes Handeln zerschlagen zu können.

Die im Frühjahr durchgeführten Truppenübungen demonstrierten unsere Möglichkeiten, an der Seite der Waffenbrüder die sozialistische Heimat zu schützen, die dazu notwendige Führung komplizierter Gefechtshandlungen zu meistern und die moderne Kampftechnik und Bewaffnung immer besser zu beherrschen. Bei umfangreichem, beispielhaftem Einsatz im Kampf gegen die Witterungsunbilden wurden gleichzeitig durch zusätzliche Anstrengungen die Gefechtsbereitschaft der Führungsorgane und Truppen, das Diensthabende System, der Gefechtsdienst, die Sicherung der Staatsgrenze sowie die öffentliche Ordnung und die staatliche Sicherheit ununterbrochen gewährleistet.

Besondere Würdigung verdienen die unter diesen Bedingungen erreichten Ergebnisse des 1. Ausbildungshalbjahres. Das Zentralkomitee spricht dafür den Angehörigen der bewaffneten Organe Dank und Anerkennung aus.

Die Ergebnisse bei der Sicherung hoher Kampfkraft, Gefechts- bzw. Einsatzbereitschaft bestätigen die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges, daß die umfassende Intensivierung wesentlich zu Leistungssteigerungen beiträgt, die organisch mit der Verbesserung der Dienst-, Arbeits- und Lebensbedingungen verbunden sind. Vielfältige Initiativen richten sich auf neue wissenschaftlich-technische Lösungen für die Führungstätigkeit und die Ausbildung, auf die rationellste Nutzung aller Ressourcen und eine effektive Organisation der gesamten Tätigkeit. Dieser Entwicklung muß auch weiterhin die volle Aufmerksamkeit der Parteiorganisationen gewidmet werden.

Im Mai tagte der VIII. Kongreß der Gesellschaft für Sport und Technik in Karl-Marx-Stadt. Entsprechend dem gesellschaftlichen Auftrag der sozialistischen Wehrorganisation, aktiv mitzuhelfen, das sozialistische Vaterland zu schützen, orientieren seine Beschlüsse auf die Förderung der Wehrbereitschaft durch wehrpolitische Massenarbeit, auf ein höheres Niveau der vormilitärischen Ausbildung und eine größere Breite in der wehrsportlichen Tätigkeit.

Zur Wissenschafts- und Hochschulpolitik

Genossinnen und Genossen!

Die Beschlüsse der 3. Tagung des ZK der SED sowie die Aufgabenstellung in der Rede des Genossen Erich Honecker vor den 1. Sekretären der Kreisleitungen der SED haben auch an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen und an der Akademie der Wissenschaften der DDR neue Initiativen zur weiteren Qualifizierung und Erhöhung der Wirksamkeit von Lehre, Studium und Forschung ausgelöst.

Es entspricht den Anforderungen unserer Zeit, daß dabei die Vertiefung des Zusammenwirkens von Wissenschaft und Produktion besondere Aufmerksamkeit gefunden hat. Die Zielstellung, im Jahre 1987 mindestens 50 Prozent des Forschungspotentials vertraglich mit der Industrie zu binden, wurde erfüllt. Auf der Grundlage gemeinsamer langfristiger Strategien sind jene künftigen wissenschaftlich-technischen Problemstellungen sicherer zu bestimmen und noch konsequenter zu bearbeiten, die uns den Durchbruch auf entscheidenden Gebieten der Schlüsseltechnologien in kürzester Zeit erreichen lassen und auch in den 90er Jahren und darüber hinaus die stabile und dynamische Entwicklung der Produktion gewährleisten.

In diesem Zusammenhang wächst die Verantwortung der Akademie der Wissenschaften, der Universitäten und Hochschulen für die auf tiefere Erkenntnisse der Gesetze der Natur und Gesellschaft, auf weite Perspektiven ihrer Anwendung besonders in der Volkswirtschaft gerichtete Grundlagenforschung.

Erforderlich sind weitere Schritte bei der Intensivierung der wissenschaftlichen Arbeit selbst, bei der Aus- und Weiterbildung sowie dem konzentrierten Einsatz der fähigsten Kader, bei der Entwicklung und Nutzung moderner Labortechnik für Forschung und Lehre. Auch auf diesem Gebiet sollten die Koordinierungs- und Leistungsverträge konkrete Verpflichtungen enthalten.

Bei der Verwirklichung der Aufgabe, die selbständige wissenschaftliche Arbeit der Studenten als eine tragende Säule des Studiums zu entwickeln und zu vervollkommnen, brachten die diesjährigen FDJ-Studententage und die Leistungsschauen an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen weitere Fortschritte. Diese Bewegung gilt es zu verbreitern, werden doch damit jene Fähigkeiten und Eigenschaften besonders gefördert, die von den Absolventen erwartet werden, wie politisches Verantwortungsbewußtsein und Ergebenheit für die Sache des Sozialismus, kühnes Denken,

Hartnäckigkeit und Fleiß beim Ringen um die Lösung wissenschaftlicher Aufgaben.

Initiativreiche Arbeit der Pädagogenkollektive

Genossinnen und Genossen!

Im Berichtszeitraum sind weitere Fortschritte bei der Qualifizierung der Führung der politischen und pädagogischen Prozesse in allen Volksbildungsbereichen sichtbar geworden. Es wurden konkrete Schlußfolgerungen für ein hohes Niveau des Unterrichts, einen guten Abschluß des laufenden, die Vorbereitung des neuen Schuljahres 1987/88 und für eine niveauvolle politisch-ideologische Arbeit gezogen.

Die Erfahrungen der Partei- und Gewerkschaftswahlen nutzend, sollten die Grundorganisationen ihre Führungstätigkeit vor allem auf die Förderung einer kameradschaftlichen und schöpferischen Atmosphäre in jedem Arbeitskollektiv richten. Der Sicherung aller personellen, materiellen und technischen Bedingungen als Voraussetzung für eine qualifizierte inhaltliche Arbeit und als Bestandteil der ständigen Sorge für die Kinder ist größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Die mehr als 6000 Feiern zur Jugendweihe in diesem Frühjahr, in denen 174 400 Mädchen und Jungen ihr Gelöbnis ablegten, waren ein überzeugender Beweis des Vertrauens der über zwei Millionen Teilnehmer und Gäste zur Politik des XI. Parteitages der SED.

Große Leistungen der Künstler und Kulturschaffenden

Genossen!

Eindrucksvolle kulturelle Ereignisse und neue Kunstwerke zeugen vom Schöpfertum und von der tiefen Verbundenheit der Kultur- und Kunstschaffenden mit unserer sozialistischen Gesellschaft.

Eine Berichterstattung des Präsidiums des Schriftstellerverbandes der DDR im Dezember 1986 vor dem Politbüro machte den großen Beitrag deutlich, den der Verband in Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED zur Förderung der sozialistischen Nationalkultur und ih-

rer öffentlichen Wirksamkeit sowie zur Klärung von politisch-ideologischen und Schaffensfragen geleistet hat.

Auf Einladung des Schriftstellerverbandes der DDR trafen sich Autoren aus drei Kontinenten zu einem Internationalen Schriftstellergespräch, um unter dem Motto »Berlin – ein Ort für den Frieden« über die Verantwortung der Literatur im Kampf um die Erhaltung des Friedens zu sprechen. Die enge Verbundenheit zwischen der Friedenspolitik unseres Staates und dem Friedensengagement humanistischer Literatur und ihrer Schöpfer kam auf dem Empfang zum Ausdruck, zu dem Genosse Erich Honecker die Teilnehmer eingeladen hatte.

Überzeugend dokumentierte sich das Bekenntnis der Musikschaffenden zur Politik unserer Partei auf dem Kongreß des Verbandes der Komponisten und Musikwissenschaftler der DDR im Februar. Die Verständigung über Ergebnisse der geleisteten Arbeit sowie über Aufgaben zur weiteren Entwicklung des Musikschaffens und Musiklebens war von hohem Verantwortungsbewußtsein getragen. Im Mai wurden die Dresdner Musikfestspiele 1987 eröffnet. Dieses international geschätzte Musiktheaterfestival der DDR gestaltete sich zu einem weltoffenen Treffen im Geiste des Friedens und der Völkerverständigung.

Zum zweitenmal fand in Berlin der »Tag der Künste« statt. 80 000 Besucher, vor allem Familien mit ihren Kindern, trafen sich zu künstlerischen Veranstaltungen und Gesprächen mit Künstlern, erhielten Einblick in die Arbeit kultureller Einrichtungen und wurden angeregt, sich selbst intensiver mit den Künsten zu beschäftigen.

Große Aufmerksamkeit schenkt unsere Partei dem künstlerischen Nachwuchs. Ausdruck dafür ist der Beschluß über die »Aufgaben zur Verbesserung von Erziehung und Ausbildung an den künstlerischen und kulturpolitischen Hoch- und Fachschulen«, der vom Sekretariat des ZK im Januar dieses Jahres gefaßt wurde. Damit ist eine langfristige Konzeption für die Heranbildung der jungen Künstlergeneration gegeben, deren Verwirklichung ein gesamtgesellschaftliches Anliegen ist. Sie umfaßt das Entdekken von Talenten, ihre sorgsame Förderung, ihre Ausbildung und Erziehung sowie den Umgang mit junger Kunst in der Öffentlichkeit.

Unter dem Motto »Geistig-kulturelles Schöpfertum für Frieden und Sozialismus« führte der Kulturbund der DDR am 11. und 12. Juni 1987 in Karl-Marx-Stadt seinen XI. Bundeskongreß durch. Er war gekennzeichnet vom tiefen Vertrauen der Mitglieder des Kulturbundes in die Politik der Partei und brachte die volle Übereinstimmung mit unserem Kurs zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR

zum Ausdruck. Der Kongreß war ein Forum des Austausches bester und anspornender Erfahrungen aus der vielseitigen Arbeit des Kulturbundes für die Erhöhung seiner ideologischen und geistig-interdisziplinären sowie kulturpraktischen Wirksamkeit zur weiteren Gestaltung der sozialistischen Lebensweise in unserer Republik. Für das vielseitige Wirken des Kulturbundes, seiner Gesellschaften und Verbände, das allen Bürgern ein breites Betätigungsfeld und Möglichkeiten der aktiven demokratischen Mitgestaltung des kulturellen Lebens bietet, wurden die weiteren Aufgaben abgesteckt.

Im Berichtszeitraum fanden wichtige internationale Kulturereignisse statt. Von besonderer Bedeutung war die Beratung der Paritätischen Regierungskommission für die kulturelle Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR Ende März in Berlin.

Am internationalen Symposium »Kulturschaffende und Künstler im Dienste des Friedens« im Dezember 1986 in Potsdam nahmen hervorragende Vertreter ihrer Kultur aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Europa sowie führende Repräsentanten internationaler nichtstaatlicher Kulturorganisationen teil. Sie wandten sich in ihrem »Brief aus Potsdam« mit der Aufforderung an die Kulturschaffenden in der ganzen Welt, durch kulturelle und künstlerische Aktivitäten und das persönliche Engagement einen noch wirksameren Beitrag zur Sicherung des Friedens auf der Erde zu leisten.

Ein überzeugender Beweis der Leistungskraft unseres Buchschaffens war die diesjährige Internationale Leipziger Buchmesse. Mit mehr als tausend Verlagen aus 22 Ländern sowie Berlin (West) und von Spezialorganisationen der UNO war sie Ausdruck von Weltoffenheit, vielfältiger kultureller Kontakte und reger Handelstätigkeit.

Die Beteiligung der DDR an den 11. Duisburger Akzenten war die bisher umfassendste kulturelle Selbstdarstellung der DDR in der BRD.

Genossen!

Das Politbüro und das Sekretariat des ZK beschäftigten sich regelmäßig mit dem bisherigen Verlauf der 750-Jahr-Feier von Berlin. Man kann sagen: Das Jubiläum Berlins gestaltet sich zu einem herausragenden Ereignis im gesellschaftlichen Leben der Deutschen Demokratischen Republik; es findet weit über unsere Landesgrenzen hinaus Aufmerksamkeit. Die bisher durchgeführten über 1200 Veranstaltungen des Festprogramms und das sich schnell wandelnde Antlitz unserer Hauptstadt zeigen anschaulich, wie kraftvoll sich das politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zentrum unseres Landes entwickelt. Das ist das Ergeb-

nis des Fleißes der Werktätigen unserer Hauptstadt und der gesamten Republik.

Als Ort des politischen Dialogs sowie des wissenschaftlichen Erfahrungsaustausches und als Stätte internationaler Gastspiele von bisher über 350 Spitzenensembles, -orchestern, -solisten und -dirigenten aller Erdteile erweist sich Berlin des Ehrentitels »Stadt des Friedens« und seines Rufs als einer Weltstadt würdig. Eine große Resonanz finden die Übertragungen des Fernsehens und des Rundfunks von den großen politischen und kulturellen Ereignissen zum 750jährigen Bestehen von Berlin, die es ermöglichen, daß sie Millionen Bürger in allen Teilen der Republik miterleben. Einen wichtigen Beitrag zum Jubiläum unserer Stadt leistete die geschichtswissenschaftliche Konferenz, die im Februar mit über 600 Teilnehmern aus dem In- und Ausland im Roten Rathaus stattfand.

Die Berliner begehen die 750-Jahr-Feier mit ihren Gästen aus nah und fern als wahres Volksfest der Lebensfreude und des Friedenswillens. Das Jubiläum kündet vom Glück unseres Volkes, von seinem Friedensgeist und von seinem Willen zur Völkerverständigung.

Förderung und Schutz der Gesundheit – ein gesamtgesellschaftliches Anliegen

Genossen!

In der Berichtsperiode hat sich das Politbüro mit der Entwicklung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung befaßt und die erforderlichen Schlußfolgerungen gezogen, um auch auf diesem Gebiet unsere Sozialpolitik zielstrebig weiterzuführen.

Wir können feststellen, daß sich die Verwirklichung der Hauptaufgabe in der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik mit ihren tiefgreifenden Wirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen sowie das erreichte Niveau der medizinischen Betreuung positiv auf die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Bürger auswirken. Planmäßig wird das Netz der Gesundheitseinrichtungen weiter ausgebaut. Die Einrichtung zahlreicher zusätzlicher Früh-, Spät- und Sonnabendsprechstunden ermöglicht vielen Werktätigen, den Arzt ihres Vertrauens außerhalb der Arbeitszeit aufzusuchen.

Die weitere Ausgestaltung der medizinischen Grundbetreuung bleibt auch in der nächsten Zeit die wichtigste Aufgabe. Erneut muß die Forde-

rung bekräftigt werden, die hausärztliche Betreuung in den Großstädten und Arbeiterzentren spürbar zu verbessern. Durch gemeinsame große Anstrengungen der Werktätigen der pharmazeutischen Industrie und des Apothekenwesens gelingt es besser, mit Hilfe des wissenschaftlichen Fortschritts den steigenden Anforderungen an hochwertige Arzneimittel zu entsprechen. Jedoch ist es notwendig, die vielen kleinen Dinge, die für die medizinische Betreuung unerläßlich sind, ständig bereitzustellen. Auch die planmäßige Vervollkommnung der medizinisch-technischen Ausstattung erfordert noch mehr Aufmerksamkeit. Zugleich gilt es, die Voraussetzungen für die medizinische Forschungsarbeit zielstrebig weiter zu verbessern. Eine große Verantwortung tragen dabei auch die örtlichen Staatsorgane vor allem für die Instandhaltung und Modernisierung von älteren Gesundheits- und Sozialeinrichtungen und für die Sicherung ihrer Funktionsfähigkeit. Erfahrungen in einer Reihe von Kreisen zeigen, daß dafür mit Hilfe der territorialen Rationalisierung und der Kommunalverträge beachtliche Reserven erschlossen werden können.

Der Wissensvermittlung und Propagierung gesundheitsfördernden Verhaltens sollte generell noch größere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Entsprechende Aktivitäten von Presse, Rundfunk und Fernsehen in der letzten Zeit wurden von vielen Bürgern mit großem Interesse aufgenommen.

In Verwirklichung entsprechender Beschlüsse der Partei- und Staatsführung zur Hygiene in der Gemeinschaftsverpflegung nehmen viele staatliche Organe und Leiter von Betrieben und Einrichtungen ihre Pflichten zur Herstellung stabiler hygienischer Verhältnisse mit mehr Konsequenz wahr. Kontrollen der ABI, der staatlichen Hygiene-Inspektion und anderer Kontrollorgane ergaben jedoch in einer Anzahl von Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung und Betrieben der Lebensmittelindustrie immer noch ernste Verstöße gegen die Hygienebestimmungen. Alle Leiter von Betrieben und Einrichtungen sowie die Hygiene-Inspektionen in Bezirken und Kreisen sind verpflichtet, mit aller Entschlossenheit für die Einhaltung der Hygienebestimmungen in der Gemeinschaftsverpflegung zu sorgen. Es geht darum, in kürzester Frist Veränderungen auf diesem Gebiet herbeizuführen.

»FDJ-Auftrag XI. Parteitag der SED« bewährt sich als Aktionsprogramm der Jugend

Genossen!

Das Politbüro nahm einen Bericht des Zentralrates der FDJ über die Wahlen im sozialistischen Jugendverband entgegen und konnte einschätzen, daß sich der »FDJ-Auftrag XI. Parteitag der SED« als mobilisierendes Aktionsprogramm der Jugend unseres Landes erweist. Die FDJ- und Pionierrätewahlen sowie die FDJ-Mitgliederversammlungen im Mai zum Thema »Je stärker der Sozialismus, desto sicherer der Frieden« dokumentierten einmal mehr, wie eng die junge Generation mit der Politik der SED und mit ihrem sozialistischen Vaterland verbunden ist. Die Zustimmung der FDJ-Mitglieder und Jugendlichen zur Politik der SED findet ihren Ausdruck in konkreten Taten für die allseitige Stärkung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates.

Als besondere Herausforderung versteht die Jugend die Meisterung moderner Wissenschaft und Technik. Die Leitungen unserer Partei tragen dem Rechnung, indem sie die Parteikontrolle über die effektive Einbeziehung der jungen Werktätigen und Studenten sowie aller Jugendforscherkollektive der FDJ zur Lösung wissenschaftlich-technischer Schwerpunktvorhaben verstärken. In vielen Aussprachen während der »Woche der Jugend und Sportler« wurde bestätigt, daß die FDJ-Kollektive, Jugendbrigaden und Jugendforscherkollektive durch anspruchsvolle Aufgaben gefordert werden wollen und darin die wirksamste Form ihrer Förderung sehen. Erfolgreich erfüllte der Jugendverband den Beschluß des Sekretariats des ZK zur Delegierung von 840 FDJ-Mitgliedern im Rahmen der FDJ-Initiative »Energieökonomie«. Für die kommenden Sommermonate orientiert das Politbüro darauf, den freiwilligen Einsatz von 60 000 Verbandsmitgliedern in den FDJ-Studentenbrigaden mit hoher Effektivität vor allem in volkswirtschaftlich bedeutenden Industriebetrieben durchzuführen.

Zu herausragenden künstlerischen Ereignissen gestalteten sich das 17. Festival des politischen Liedes und die Konzerte des Zentralen Musikkorps der FDJ und der Pionierorganisation »Ernst Thälmann« zum Berlin-Jubiläum. Auch künftig unterstützen die Leitungen der Partei den Jugendverband dabei, in weiteren Städten und Gemeinden attraktive Jugendveranstaltungen zu organisieren, die Tanzmöglichkeiten zu erweitern und den nun schon über 10 000 Jugendklubs der FDJ gezielte Hilfe zu geben. Dazu gehört auch, alle vorgesehenen Jugendeinrichtungen planmäßig fer-

tigzustellen und bei ihrer Schaffung die Initiative der Jugendlichen selbst noch umfassender zu nutzen.

Die FDJ war ein würdiger Gastgeber der demokratischen Weltjugendbewegung beim Internationalen Friedensseminar der Jugend im März in unserer Hauptstadt Berlin. An ihm beteiligten sich Vertreter von 158 kommunistischen, sozialistischen, sozialdemokratischen und weiteren nationalen, regionalen und internationalen Jugendorganisationen. Breite Zustimmung fand die in der Eröffnungsansprache des Generalsekretärs des ZK der SED getroffene Feststellung, daß die Jugend über alle ideologischen Grenzen und Unterschiede hinweg in der gemeinsamen Verantwortung für eine friedliche Gegenwart und Zukunft vereint ist.

Das VII. Festival der Freundschaft zwischen der Jugend der DDR und der UdSSR zu Pfingsten in Gera gestaltete sich zu einer überzeugenden Manifestation des Bruderbundes zwischen der jungen Generation unserer freundschaftlich verbundenen Länder, zwischen der Freien Deutschen Jugend und dem Leninschen Komsomol. Nunmehr schon zum fünftenmal findet in diesem Jahr der Kinder- und Jugendaustausch mit der Volksrepublik Polen statt. An ihm nehmen erneut 300 000 Kinder und Jugendliche teil. Ausdruck der im Denken und Handeln der Jugend der DDR tief verwurzelten internationalistischen Haltung ist die Arbeit der Brigaden der Freundschaft, die gemäß einem Beschluß des Sekretariats des ZK mit 17 Kollektiven in 10 Ländern und beim ANC fortgesetzt wird.

Erfolgreiche Entwicklung von Körperkultur und Sport

Genossen!

Erwartungsvoll sehen die Bürger unseres Landes dem VIII. Turn- und Sportfest und der XI. Kinder- und Jugendspartakiade entgegen. Das Fest- und Spartakiadekomitee der DDR unter Vorsitz des Genossen Erich Honecker konnte auf seiner letzten Tagung feststellen, daß die Sportlerinnen und Sportler der DDR mit der Vorbereitung auf dieses große gesellschaftliche Ereignis einen bedeutenden Beitrag zur Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED auf dem Gebiet der Körperkultur und des Sports leisten. Es verdient Anerkennung, wie die mehr als 3,6 Millionen Mitglieder des DTSB der DDR mit ihrer »Sportfest- und Spartakiadestafette« das sportliche Leben unseres Landes bereichern.

Die durchgeführten Wahlen des DTSB der DDR trugen dazu bei, die sozialistische Sportorganisation politisch, organisatorisch und kadermäßig zu festigen. Insgesamt wurden 562 402 Funktionäre in die Vorstände, Leitungen und Revisionskommissionen der Grund- und Kreisorganisationen des DTSB der DDR gewählt. Das sind 86 695 mehr als bei den Organisationswahlen 1983.

Der Beschluß des Politbüros vom Dezember 1986 und die Orientierung des Genossen Erich Honecker auf der Beratung mit den 1. Kreissekretären bestimmen die zielstrebige Vorbereitung leistungsstarker Mannschaften der DDR auf die Olympischen Spiele in den Winter- und Sommersportarten 1988.

Mit Freude können wir feststellen, daß es unseren Sportlerinnen und Sportlern bei internationalen Wettkampfhöhepunkten des vergangenen Winters gelungen ist, neue großartige Erfolge zu erringen. Bei den in allen olympischen Wintersportdisziplinen ausgetragenen Weltmeisterschaften erkämpften sie insgesamt 11 Gold-, 9 Silber- und 3 Bronzemedaillen. Damit konnte die DDR ihre Position im Spitzenbereich des Wintersports behaupten. Andererseits sind in den nordischen Skidisziplinen erhöhte Anstrengungen erforderlich, um den eingetretenen Rückstand zur Weltspitze aufzuholen.

Mit hervorragenden Leistungen kehrten DDR-Sportler von den 1. Hallenweltmeisterschaften der Leichtathletik in den USA zurück. Anerkennung und hohe Würdigung verdienen die ausgezeichneten Erfolge unserer Radsportler bei der 40. Friedensfahrt, die den Einzel- und Mannschaftssieg für die DDR erkämpften und die Bürger unseres Landes mit ihren großen Leistungen begeistert haben.

Die XI. Kinder- und Jugendspartakiade der DDR in den olympischen Wintersportarten in Oberwiesenthal und Karl-Marx-Stadt zeugte davon, wie erfolgreich in den Sportverbänden, Sportklubs, Kinder- und Jugendsportschulen sowie in den Trainingszentren die weit in die Zukunft reichende Arbeit mit dem sportlichen Nachwuchs gestaltet wird.

Engagiertes Mitwirken der Frauen

Genossinnen und Genossen!

Ganz im Zeichen der aktiven Teilnahme der Frauen an der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages stand der XII. Bundes-

kongreß des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands. Anschaulich zeigte der Kongreß, daß eine neue Generation von Frauen herangewachsen ist, die dank den stark verbesserten Lebensbedingungen durch die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik ihre Talente und Fähigkeiten freier denn je entfalten kann.

In allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sind Frauen aktiv und erfolgreich für die auf das Wohl des Volkes und den Frieden gerichtete Politik unserer Partei tätig. Auf Grund ihrer fachlichen und politischen Entwicklung sowie ihrer beruflichen Erfahrungen ist die Forderung des Zentralkomitees, mehr Frauen in Leitungsfunktionen einzusetzen, durchaus real.

Es freut uns, feststellen zu können, daß sich der DFD als Massenorganisation, die ausschließlich im Wohngebiet tätig ist, durch seine ideenreiche politische, kulturelle und sportliche Arbeit große Verdienste zur Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens im Interesse der Frauen, der Kinder und der Familien erworben hat. Dadurch finden auch immer mehr junge Frauen den Weg in diese Organisation. Als richtig hat sich gleichfalls erwiesen, den Einfluß des DFD stärker auf Frauen des Handwerks, der Gewerbetreibenden und aus christlichen Kreisen zu lenken.

Die Kreisleitungen, Ortsleitungen und Wohnparteiorganisationen unserer Partei sollten die Aktivität und Einsatzbereitschaft der Vorstände des DFD auch weiterhin unterstützen, damit die Beschlüsse des XII. Bundeskongresses in allen Städten und Dörfern verwirklicht werden und die Massenwirksamkeit vergrößert wird.

Bewährtes Miteinander der in der Nationalen Front vereinten Kräfte

Genossinnen und Genossen!

Nachhaltige Impulse gingen von den Beschlüssen der 3. Tagung des ZK der SED sowie der Beratung des Sekretariats des ZK der SED mit den 1. Kreissekretären für die bündnispolitische Zusammenarbeit zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und den anderen im Demokratischen Block und in der Nationalen Front der DDR vereinten Parteien und Massenorganisationen aus.

Auf den Treffen des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, mit den Vorsitzenden der

befreundeten Parteien und dem Präsidenten des Nationalrates der Nationalen Front der DDR im Februar und Juni, bei denen die aktuellen Fragen der Innen- und Außenpolitik beraten wurden, herrschte Einmütigkeit darüber, daß sich auf der Grundlage eines echten Vertrauensverhältnisses das bewährte demokratische Miteinander stets aufs neue durch Taten für den Sozialismus und den Frieden festigt.

Beredter Ausdruck für die weitere Vertiefung des festen Bündnisses der Arbeiterklasse mit allen Klassen und Schichten unseres Volkes waren der XII. Parteitag der DBD, der 14. Parteitag der LDPD und der 13. Parteitag der NDPD. Das kennzeichnet ebenfalls die Vorbereitung des 16. Parteitages der CDU. Sie legten Zeugnis davon ab, wie die Mitglieder ihrer Parteien mit gewachsenem politischem Engagement Mitverantwortung in der qualitativ neuen Etappe bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft wahrnehmen. Die Delegierten bekundeten den festen Willen, die diesen Parteien eigenen großen Möglichkeiten für die zielstrebige Entwicklung der Reparatur-, Dienst- und Versorgungsleistungen zum Wohle der Bürger einzusetzen und dabei den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu nutzen. Das einmütige Bekenntnis dieser Parteitage zu unserer dem Wohl des Volkes dienenden Politik vertieft die Gewißheit, daß wir auch bei der Bewältigung der künftigen Aufgaben mit dem Blick auf die Jahrtausendwende auf die befreundeten Parteien als zuverlässige Kampfgefährten bauen können.

Im Ergebnis der erfolgreichen Verwirklichung der marxistisch-leninistischen Nationalitätenpolitik festigen sich zwischen deutschen und sorbischen Bürgern Beziehungen der gegenseitigen Achtung, Anerkennung und Hilfe und der gemeinsamen Verantwortung zur weiteren Stärkung der DDR. Das widerspiegelte eindrucksvoll der XI. Bundeskongreß der sozialistischen nationalen Organisation der Sorben, der Domowina, der im März in Cottbus stattfand.

Auf eine ergebnisreiche, den Interessen und dem Wohl der Bürger dienende massenpolitische Arbeit orientierte die erweiterte Tagung des Nationalrates der Nationalen Front der DDR im Februar. Sie beschloß die Ziele der Bürgerinitiative »Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!« bis zum Jahre 1990. Für 1987 liegen Verpflichtungen der Bürger zur Erhaltung des Wohnungsbestandes in Höhe von 9,6 Milliarden Mark vor.

Mit Genugtuung stellt das Politbüro fest, daß sich die Nationale Front als umfassende sozialistische Volksbewegung der DDR immer breiter entwickelt. So hat sich seit dem XI. Parteitag der SED die Zahl der Mitglieder

der Ausschüsse der Nationalen Front um weitere 12 000 auf 400 000 erhöht. Als eine wirksame gesellschaftliche Kraft erweisen sich die 350 000 Haus- und Straßengemeinschaften, in deren Leitungen sich über 1,1 Millionen Kommunisten, Mitglieder der befreundeten Parteien und Parteilose ständig mit wachsendem Erfolg um das Wohl ihrer Mitbürger, um ein gutes kommunales Klima bemühen.

Die X. Zentrale Delegiertenkonferenz der Volkssolidarität hat unter dem Leitgedanken »Die Veteranen betreuen, unser Vaterland stärken, dem Frieden dienen – dafür täglich gute Arbeit« eine eindrucksvolle Bilanz gezogen und die weiteren Aufgaben bei der Betreuung älterer Bürger erörtert. Als sozialistische Massenorganisation leistet die Volkssolidarität mit ihren 2,1 Millionen Mitgliedern einen wichtigen und geachteten Beitrag für die Verwirklichung der Politik der Partei zum Wohle des Volkes und für das Glück der Menschen.

IV. Unsere Partei ist fest mit dem Volk verbunden. Sie erfüllt einheitlich und geschlossen ihre Aufgaben als führende Kraft der Gesellschaft

Genossinnen und Genossen!

Zur erfolgreichen Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages hat das Politbüro im Berichtszeitraum der ständigen Erhöhung der führenden Rolle der Partei, der Stärkung der Kampfkraft all ihrer Organisationen, der Vervollkommnung des massenverbundenen Arbeitsstils und der umfassenden Entfaltung des schöpferischen Handelns der Kommunisten größte Aufmerksamkeit gewidmet.

Mit gewachsener Reife, vielen wertvollen Erfahrungen und hoher Einsatzbereitschaft leisten das große Kollektiv der Kommunisten unseres Landes, die 88 447 Grundorganisationen und Abteilungsparteiorganisationen, die Bezirks- und Kreisleitungen, eine zielstrebige und ergebnisreiche Arbeit. Die gute Bilanz der Entwicklung unserer Partei und der sozialistischen Gesellschaft beruht vor allem auf der festen Einheit und Geschlossenheit unserer Reihen vom Zentralkomitee bis in die Grundorganisationen und dem tiefen Vertrauen zwischen Partei und Volk. Höhere Ziele können wir mit einer politisch qualifizierten, ideologisch gut gewappneten und organisatorisch festgefügten, einheitlich handelnden Kampfpartei angehen.

In Durchführung der Beschlüsse der 3. Tagung des Zentralkomitees haben die Parteiorganisationen und ihre Leitungen große Aktivitäten entwickelt. Die Umsetzung der dazu von den Bezirksleitungen, Kreisleitungen und Grundorganisationen in Maßnahmeplänen und Kampfprogrammen

festgelegten konkreten Aufgaben führte zur Erhöhung des Niveaus der politisch-ideologischen Arbeit mit den Menschen und zu einem wachsenden Beitrag der Kollektive zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei. Am sichtbarsten wird das in der konstruktiven und wirksamen Unterstützung bei der Entwicklung eines hohen Niveaus des innerparteilichen Lebens und der breiten Entfaltung der innerparteilichen Demokratie. Damit werden die notwendigen geistigen Haltungen zu den anspruchsvollen Zielstellungen der Partei sowie die bestmöglichen leitungsmäßigen Bedingungen für gute Arbeitsergebnisse gefördert.

Große Aufmerksamkeit widmen die Bezirksleitungen und Kreisleitungen der weiteren Entwicklung der qualitativen und quantitativen Zusammensetzung der Parteireihen. Im Blickpunkt steht dabei die zielgerichtete Verteilung der Parteikräfte, vor allem in jenen Bereichen, die das dynamische Wirtschaftswachstum besonders beeinflussen. Seit der 3. Tagung des Zentralkomitees wurden 27 693 Kandidaten in unseren Kampfbund aufgenommen, von denen 21 171 Arbeiter sind. Gegenwärtig gehören der SED 2 324 386 Mitglieder und Kandidaten an. Nach dem XI. Parteitag ist die Anzahl der Grundorganisationen und Abteilungsparteiorganisationen um 1292 angestiegen. Die Tatsache, daß jeder fünfte Bürger der DDR im arbeitsfähigen Alter über 18 Jahre Mitglied oder Kandidat der SED ist, verbürgt, daß die Partei in allen gesellschaftlichen Bereichen lebt und kämpft.

Kräftige Impulse für die weitere Verwirklichung der Parteitagsbeschlüsse

Genossen!

Kräftige Impulse für die weitere Verwirklichung der Beschlüsse unseres XI. Parteitages gingen von der Beratung des Sekretariats des Zentralkomitees mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen aus. In seiner bedeutsamen Rede hat Genosse Erich Honecker vor dem ganzen Volk und der internationalen Öffentlichkeit unsere bisherigen Ergebnisse und Erfahrungen bei der Durchführung der Beschlüsse unseres XI. Parteitages ausgewertet und die konkreten Aufgaben für den nächsten Kampfabschnitt gestellt. Die Kommunisten und alle Bürger der DDR wurden in der Gewißheit bestärkt, daß die Partei imstande ist, entsprechend unseren Bedingungen und den internationalen Erfordernissen Antwort auf alle Fragen

der Gegenwart und Zukunft zu geben und die anvisierten Ziele zum Wohle unseres Landes zu verwirklichen.

Wie die Ergebnisse zeigen, hat unsere Partei damit zum richtigen Zeitpunkt entscheidende Voraussetzungen zur Entfaltung einer breiten schöpferischen Masseninitiative der Werktätigen zur allseitigen Stärkung der DDR, insbesondere zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1987 sowie der übernommenen Verpflichtungen zu seiner Überbietung, geschaffen.

Mit neuen und bewährten Formen und Methoden der Parteiarbeit wurde der Erfahrungsschatz der Partei bereichert und der Führungsstil der Bezirks- und Kreisleitungen vervollkommnet. Das kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß die Tagesaufgaben stärker mit der Verwirklichung der perspektivischen Aufgaben verbunden werden, Veränderungen konkret organisiert und die politisch-ideologischen und ökonomischen Fragen besser in ihrer Komplexität gelöst werden.

Auf vielfältige Art haben Presse, Fernsehen und Rundfunk den gesellschaftlichen Erfahrungsaustausch und den Leistungsvergleich zur weiteren Verwirklichung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik gefördert. Das gilt besonders für die Durchsetzung und breite Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der Schlüssel- und Höchsttechnologien wie zum Beispiel durch die Sendung »Wettlauf mit der Zeit« und die neue Sendereihe »Computerstunde« des Fernsehens. Wie in zentralen Massenmedien kamen auch in den Bezirkszeitungen und Betriebszeitungen Tausende Werktätige mit ihren Initiativen, Erfahrungen und Vorschlägen zu Wort.

Die in der Beratung mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen vermittelten Argumente zur Innen- und Außenpolitik und die Orientierung entsprechend unserem Parteiprogramm, daß jeder Kommunist, wo immer er arbeitet und lebt, ein aktiver Kämpfer an der ideologischen Front sein muß, haben wesentlich zur Erhöhung des Niveaus, der Ausstrahlungskraft und der Wirksamkeit der ideologischen Arbeit beigetragen. Allen Versuchen der Feinde des Sozialismus, durch Hetze, Verleumdung und Demagogie Einfluß zu gewinnen, wird entschieden entgegengetreten.

Eine vorrangige Aufgabe der politisch-ideologischen Arbeit besteht weiterhin darin, auf alle Fragen, die das Leben stellt, aus der Sicht unserer Weltanschauung überzeugend Antwort zu geben. Das gilt vor allem für den unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Kampf um den Frieden und der weltweiten Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus. Dazu sind in der politisch-ideologischen Arbeit die Ergebnisse der Berliner Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der

Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, ihre abgestimmte Friedensstrategie, die von der Verantwortung für das Schicksal der Menschen ausgeht und der Verhinderung einer nuklearen Katastrophe dient, zu nutzen, um sie in die Massen zu tragen und damit im Zusammenhang die Initiativen zur Verwirklichung der Beschlüsse unseres XI. Parteitages weiter zu entwickeln.

Parteiwahlen – Ausdruck lebendiger innerparteilicher Demokratie und fester Massenverbundenheit

Genossen!

Ein Zeitabschnitt angestrengter und initiativreicher Arbeit der SED waren die auf Beschluß der 3. Tagung des Zentralkomitees durchgeführten Parteiwahlen in den Grundorganisationen. Die Rede des Genossen Erich Honecker vor den 1. Sekretären der Kreisleitungen war dafür die konkrete Anleitung zum Handeln. Sie bestimmte entscheidend den Inhalt und die Resultate der Berichtswahlversammlungen.

Das Politbüro hat zu den Ergebnissen der Parteiwahlen einen Beschluß gefaßt, der im Zentralorgan der Partei, »Neues Deutschland«, und in den Bezirkszeitungen veröffentlicht wurde. So wie die Parteiwahlen auch eine Angelegenheit des ganzen Volkes waren, wurde das ganze Volk in aller Offenheit über ihre Ergebnisse informiert. Das Politbüro hob hervor, daß mit den Parteiwahlen die Einheit und Geschlossenheit der Partei weiter gefestigt wurde und die Kampfkraft der Grundorganisationen wiederum gewachsen ist.

Die Qualität der Rechenschaftsberichte, die sachkundig, kritisch und engagiert geführte Diskussion sowie die anspruchsvollen Zielstellungen der Parteikollektive widerspiegeln die große Initiative der Kommunisten. Die Kampfprogramme der Grundorganisationen bestimmen dazu den konkreten Beitrag. Ausdruck lebendiger innerparteilicher Demokratie und der hohen Bereitschaft, jederzeit für die Verwirklichung der Politik der Partei Verantwortung zu tragen, sind die über 420 000 Vorschläge und Hinweise, die von den Mitgliedern und Kandidaten auf ihren Wahlversammlungen unterbreitet wurden.

Die Zusammensetzung der neuen Leitungen bietet sichere Garantien für die Kontinuität und Qualität der Parteiarbeit, denn im Ergebnis der Par-

teilwahlen kann sich unsere Partei auf ein starkes und politisch erfahrenes Kollektiv von Kadern in den Grundorganisationen stützen. Ausdruck der festen Verankerung der Partei in der Arbeiterklasse und dem werktätigen Volk ist der Anteil von 54,4 Prozent Arbeitern in den neugewählten Leitungen. 5,3 Prozent der Leitungsmitglieder sind Genossenschaftsbauern, und 28,5 Prozent gehören der Intelligenz an.

Genossen!

Das Sekretariat des Zentralkomitees hat im April einen Bericht der Kreisleitung Torgau über Erfahrungen und Ergebnisse der Auswertung der Beratung des Sekretariats des Zentralkomitees mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen und über die Parteiwahlen in den Grundorganisationen entgegengenommen. Die Berichterstattung machte anschaulich sichtbar, wie es die Kreisleitung Torgau versteht, durch eine zielgerichtete Arbeit gute Ergebnisse bei der Durchführung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED zu organisieren und einen wachsenden Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftskraft unseres Landes zu leisten.

Verallgemeinerungswürdige Erfahrungen bestehen hierbei in der Ausschöpfung territorialer volkswirtschaftlicher Reserven durch eine überzeugende politische Arbeit mit den Werktätigen und die zielstrebige Verwirklichung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in ihrer ganzen Komplexität. Das Sekretariat des Zentralkomitees wies darauf hin, daß die politische Leitung wissenschaftlich-technischer Neuerungsprozesse stets auch die planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die rechtzeitige politische und fachliche Qualifizierung der Werktätigen einschließen muß.

Die Aufmerksamkeit der Kreisleitung wurde darauf gelenkt, in ihrer politischen Führungstätigkeit weiterhin eine hohe Qualität der Anleitung und Hilfe für die Grundorganisationen zu gewährleisten und ihnen alle notwendigen Informationen und Erfahrungen zu vermitteln, die für die erfolgreiche Durchführung der Beschlüsse erforderlich sind.

Genossen!

Das Politbüro hat einen Bericht der Bezirksleitung Dresden über »Erfahrungen und Ergebnisse der politisch-ideologischen Arbeit bei der Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED« entgegengenommen. Die Bezirksleitung Dresden leistet eine initiativreiche, massenverbundene und schöpferische Arbeit zur Durchführung der Politik der Partei.

Die Berichterstattung bestärkt unsere grundlegende Erfahrung, daß eine hohe Qualität der politisch-ideologischen Arbeit mit den Menschen

das entscheidende Kettenglied für die erfolgreiche Verwirklichung der Führungsrolle der Partei ist. Es geht darum, theoretisch fundiert, lebensnah und offensiv alle Fragen der Menschen zur Innen- und Außenpolitik mit festen Klassenpositionen zu beantworten und ihre aktive Mitarbeit herauszufordern. Noch intensiver sollte, wie das Politbüro hervorhob, darauf Einfluß genommen werden, daß die Kreisleitungen und Grundorganisationen in der politisch-ideologischen Arbeit maximale Breitenwirkung erzielen und differenzierter mit Arbeitern, Genossenschaftsbauern, Angehörigen der Intelligenz und den verschiedenen Alters- und Interessengruppen arbeiten.

Die Erfahrungen besagen, daß die politisch-ideologische Arbeit überall dort zu hohen Ergebnissen führt, wo die Leitungen der Partei die Kräfte und Mittel auf die Lösung der Schwerpunkte konzentrieren, zu jeder Zeit die Lage im Verantwortungsbereich genau kennen, vorausschauend und schnell auf sich abzeichnende Probleme reagieren und wirksame Maßnahmen für dauerhafte Veränderungen einleiten.

Die Partei ist für die Erfüllung aller Aufgaben gut gewappnet

Genossen!

In der Berichtsperiode konzentrierte sich die Tätigkeit der zentralen Bildungseinrichtungen, der Bezirksparteischulen, der Kreis- und Betriebsschulen des Marxismus-Leninismus und der Seminare des Parteilehrjahres auf die intensive Vermittlung des reichen theoretischen Gehalts und des praktischen Erfahrungsschatzes der Beschlüsse des XI. Parteitages und der Reden des Genossen Erich Honecker auf der 3. Tagung des Zentralkomitees und vor den 1. Sekretären der Kreisleitungen.

Zehntausende Parteikader, vor allem Funktionäre aus den Leitungen der Grundorganisationen, die in diesen Tagen eine längerfristige Qualifizierung an den Parteischulen der Bezirks- und Kreisleitungen beenden, werden die Kampfkraft unserer Partei stärken und dazu beitragen, die Beschlüsse des XI. Parteitages konsequent durchzuführen.

Die vom Politbüro beschlossenen neun Themen des Parteilehrjahres zur Innen- und Außenpolitik des XI. Parteitages wurden von den 1,8 Millionen Teilnehmern mit gutem Erfolg durchgearbeitet. Im Januar hat das Politbüro den Themenplan für die Seminare und Studienkurse des Partei-

lehrjahres 1987/88 beschlossen. Das Sekretariat des ZK bestätigte den Themenplan für die Vorträge und Seminare für leitende Kader und Parteisekretäre zu Grundfragen der Strategie und Taktik der SED im Kampf für die weitere Stärkung des Sozialismus und die Sicherung des Friedens. Das Sekretariat des ZK hat zur weiteren Erhöhung des Niveaus der politisch-ideologischen Arbeit in einem Beschluß die Aufgaben der Bildungsstätten der Bezirks- und Kreisleitungen sowie von Parteiorganisationen in Betrieben festgelegt.

Genossinnen und Genossen!

Zu jeder Zeit haben sich das Politbüro und das Sekretariat des ZK davon leiten lassen, daß ausgehend vom gesetzmäßigen Zusammenhang zwischen den größeren gesellschaftlichen Aufgaben und den sich daraus ergebenden Anforderungen an die Partei auch qualitativ neue Ansprüche an ihre Führungstätigkeit, Kampfkraft und Massenverbundenheit erwachsen.

Im Mittelpunkt der Leitungstätigkeit der Bezirksleitungen, Kreisleitungen und Grundorganisationen steht die konsequente Durchführung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED. Dabei konzentrieren sie sich vor allem auf folgende Aufgaben:

1. Die weitreichende Orientierung in der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, vor den 1. Sekretären der Kreisleitungen bleibt die handlungsbestimmende Grundlage für alle leitenden Parteiorgane und Grundorganisationen. Die weitere Verwirklichung unserer auf das Wohl des Volkes und die Sicherung des Friedens gerichteten Politik verlangt, allen Werktätigen das Gewicht der eigenen täglichen Arbeit für die allseitige Stärkung der DDR bewußtzumachen, damit sie mit ihren vorbildlichen Leistungen unter der Losung »Mein Arbeitsplatz – mein Kampfplatz für den Frieden« die Friedensoffensive des Sozialismus tatkräftig unterstützen.

2. Eine Kardinalfrage für die Qualität und Effektivität der politischen Führungstätigkeit besteht darin, den eigenen Beitrag zur Durchführung der ökonomischen Strategie der Partei zu erhöhen und durch steigende Leistungen im Verantwortungsbereich die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verwirklichen. Die allseitige Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1987 und die Einlösung der abgegebenen Verpflichtungen sind im Zusammenhang mit der eingehenden Beratung der Ziele und Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1988 eine entscheidende Kampfaufgabe jeder Parteileitung und aller Kommunisten.

3. Ein entscheidender Schwerpunkt der politischen Führungstätigkeit

bleibt die weitere Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie als ein tragendes Fundament unseres erfolgreichen Voranschreitens. Parteiarbeit ist in erster Linie Arbeit mit den Menschen. Die Parteiorganisationen richten die weitere Qualifizierung des massenverbundenen Arbeitsstils darauf, nach dem bewährten Grundsatz »Arbeite mit, plane mit, regiere mit!« das konstruktive demokratische Mitwirken aller Bürger unseres Landes voll zu entfalten.

4. Der bewährte Weg, das Angehen neuer, hoher Ziele eng mit der Darstellung unserer erfolgreichen Bilanz zu verbinden und den Stolz auf das gemeinsam Erreichte zu stärken, muß auch künftig fester Bestandteil des mobilisierenden Wirkens aller Parteiorganisationen sein. Wir lassen uns von der Erkenntnis leiten, daß nichts die Werktätigen so fest mit ihrem Arbeitskollektiv verbindet und ihre Liebe und Treue zum sozialistischen Vaterland vertieft wie die Gewißheit und das Erleben, für die Stärkung des Sozialismus und die Sicherung des Friedens einen würdigen, anerkannten Beitrag zu leisten.

5. Die politische Führungstätigkeit ist verstärkt darauf zu richten, der Komplexität bei der Leitung gesellschaftlicher Prozesse voll Rechnung zu tragen und zur Bewältigung der wachsenden Anforderungen die Kollektivität und persönliche Verantwortung zu stärken, die innerparteiliche Demokratie breit zu entfalten und alle Mitglieder und Kandidaten der Partei in die Ausarbeitung, Durchführung und Kontrolle der Beschlüsse einzubeziehen. Das versetzt die Kommunisten in die Lage, zu jeder Zeit vorbildlich im Kampf um die Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages und des Zentralkomitees voranzugehen.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wie die Resultate der Arbeit im Berichtszeitraum sichtbar machen, geht die Partei mit gestärkter Kampfkraft und fest verbunden mit dem ganzen Volk an die weitere erfolgreiche Verwirklichung der Beschlüsse unseres XI. Parteitages.

Inhalt

I. Die außenpolitische Tätigkeit der SED zur Sicherung des Friedens und für gesellschaftlichen Fortschritt in der Welt 6

Zu den Ergebnissen der Berliner Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages 7

Aktiver Beitrag der DDR für Frieden, Abrüstung und Entspannung 10

Vertiefung der bewährten Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern 13

Entschiedenes Eintreten für ein Klima des Vertrauens und der Zusammenarbeit 17

Entwicklung der Zusammenarbeit mit den kommunistischen und Arbeiterparteien 21

Zu den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD 26

II. Erfolgreich wird die vom XI. Parteitag der SED beschlossene ökonomische Strategie verwirklicht 30

Beeindruckende Bilanz bei der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1987 32

Entsprechend den Beschlüssen des XI. Parteitages wird das sozialpolitische Programm weiter erfolgreich verwirklicht 35

Zur Erhöhung der ökonomischen Wirksamkeit von Wissenschaft und Technik für das dynamische Leistungswachstum der Volkswirtschaft 39

Getroffene Maßnahmen zur Sicherung eines hohen Leistungs- und Effektivitätszuwachses aus jeder investierten Mark 41

Festlegungen zur stabilen Energie- und Brennstoffversorgung in Auswertung der extremen Winterbedingungen 42

Zur weiteren Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration 43

Kampf um die erzeugniskonkrete Übererfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1987 und Ausarbeitung eines anspruchsvollen Planes 1988 als einheitlichen Prozeß leiten 45

Vervollkommnung der Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung durch umfassendere Anwendung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel 46

Zuverlässig und in hoher Qualität die Versorgung der Bevölkerung sichern 47

Weitere stabile und dynamische Entwicklung der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft 48

III. Sozialistische Staatsmacht, Bündnispolitik und geistig-kulturelles Leben 55

Ressourcen der Territorien werden effektiver für die Volkswirtschaft und das Wohl der Bürger genutzt 56

Für den Schutz des Friedens und des Sozialismus 57

Zur Wissenschafts- und Hochschulpolitik 59

Initiativreiche Arbeit der Pädagogenkollektive 60

Große Leistungen der Künstler und Kulturschaffenden 60

Förderung und Schutz der Gesundheit – ein gesamtgesellschaftliches Anliegen 63

»FDJ-Auftrag XI. Parteitag der SED« bewährt sich als Aktionsprogramm der Jugend 65

Erfolgreiche Entwicklung von Körperkultur und Sport 66

Engagiertes Mitwirken der Frauen 67

Bewährtes Miteinander der in der Nationalen Front vereinten Kräfte 68

IV. Unsere Partei ist fest mit dem Volk verbunden. Sie erfüllt einheitlich und geschlossen ihre Aufgaben als führende Kraft der Gesellschaft 71

Kräftige Impulse für die weitere Verwirklichung der Parteitagsbeschlüsse 72

Parteiwahlen – Ausdruck lebendiger innerparteilicher Demokratie und fester Massenverbundenheit 74

Die Partei ist für die Erfüllung aller Aufgaben gut gewappnet 76